

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1913**

71 (27.3.1913)



# Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 65 P.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich. Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 1/2 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481. Inzerate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 A. Lokalzerate billiger. Schluß d. Inzeratenannahme 1/2 9 Uhr vorm., für größere Inzerate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Co., Karlsruhe.

## Die armen Fürsten.

Bethmann-Sollweg hat wohl gedacht, daß die geplante einmalige Vermögensabgabe zur Deduktion der neuen Militärkosten dadurch besonders populär gemacht werden könne, daß mitgeteilt würde, diesmal seien die deutschen Fürsten bereit, wie die anderen Staatsbürger, von ihrem Ueberfluß etwas herzugeben, um die angeblich für die Sicherheit des Reiches erforderlichen neuen Rüstungen bezahlen zu helfen. An sich war es ein geradezu unbegreiflicher Zustand, daß die millionenreichen deutschen Fürsten darauf bestanden, feinerlei direkte Abgaben zahlen zu müssen, trotzdem den breiten Volksmassen und nicht zuletzt auch den Allermitteln immer wieder durch neue Steuern außerordentlich drückende Lasten aufgebürdet worden waren. Bekanntlich hat es wegen der Steuerfreiheit früher erregte Auseinandersetzungen im Reichstag gegeben. Die Regierung hat seinerzeit eine Kardinalfrage daraus gemacht, daß die Fürsten nicht einen Pfennig von ihrem Millioneneinkommen herzugeben haben. Deswegen konnte es allerdings einige Verwunderung erregen, daß jetzt angeblich eine so große Bereitwilligkeit bei den fürstlichen Familien bestehen sollte, diesmal gehörige Beiträge zu zahlen. Es hat sich dabei zu einem sehr wesentlichen Teil nur um Stimmungsmaße gehandelt. Als zuerst von der Kontribution in Höhe von einer Milliarde die Rede war, jubelten byzantinisch gefärbte Blätter, die Anregung des Kaisers, daß auch die steuerfreien Fürsten sich an der Opfergabe mit einem erheblichen Betrag beteiligen würden, sei ein politischer Meisterstreich.

Die Soffnung darauf, daß die Fürsten einen erheblichen Teil der Milliarde aus ihrer Kasse hergeben werden, muß vorläufig zu Grabe getragen werden. Alle Welt weiß zwar, daß die deutschen Herrscher und ihre Familien nicht nur aus den Steuererträgen des Volkes in Gehalt von Zivilisten und Apanagen Jahr für Jahr große Einkünfte beziehen, sondern auch meist noch sehr große Privatvermögen ihr eigen nennen. Die offiziellen Blätter aber verkünden jetzt mit einem wahren Feuerifer, daß die Fürsten arm sind, und infolgedessen nur einen ganz minimalen Betrag zahlen werden. So wird z. B. geschrieben:

„Eine Vermögensbesteuerung der Fürsten würde sicherlich den Gesamtertrag einer halben Milliarde treffen. Ein Prozent würde daraus insgesamt fünf Millionen Mark, das heißt den zweihundertsten Teil der angeblich benötigten einen Milliarde bringen. In Wirklichkeit dürfte aber die freiwillige Beisteuer der Fürsten noch viel geringer ausfallen. Die Schwierigkeiten einer gerechten Erfassung der fürstlichen Vermögen erweisen sich unübersteiglich. Große Bestände davon liegen im ausländischen Grundbesitz, andere stehen aus Grundstücken, Sammlungen, Schöpfkorn zusammen, die Quellen ständiger Zubußen im öffentlichen Interesse (!) sind. Die fürstliche Beisteuer dürfte damit mit 2 bis 3 Millionen noch geringfügig sein.“

Da selbst kleinere Vermögen zu der einmaligen Besteuerung herangezogen werden sollen, werden ziemlich breite Volksschichten 988 Millionen von der einmal zu zahlen den Milliarde aufzubringen haben. Zu den Steuern, die bisher schon aufzubringen waren, sollen natürlich die Fürsten auch in Zukunft nicht beitragen und ebenso ist offiziell zum Ausdruck gebracht worden, daß keine Rede davon sein dürfte, die Fürsten zu den neu zu beschließenden Steuern heranzuziehen. Also was die „armen“ Fürsten etwa zahlen werden oder wollen, ist so wenig, daß es nicht ins Gewicht fällt, weil sie es angeblich nicht dazu haben, etwas Nennenswertes zu zahlen. Danach sollen sich also die beschloßenen Volksmassen einbilden, daß sie reich und eher in der Lage seien, für ihr Vaterland große Opfer zu bringen, als die armen Fürsten. Im Reichstage wird allerdings erst einmal der Versuch gemacht werden, ob es denn wirklich nicht angeht, den millionenreichen Fürstenfamilien Gelegenheit zu geben, freiwillig oder unfreiwillig ebenfalls für das Reich Opfer zu bringen.

## Bürgerliche Friedensfreunde und Militärvorlage.

Der neue Anfall des Rüstungsfiebers, der gegenwärtig in Deutschland wie in Frankreich grassiert, hat auch die bürgerlichen Friedensfreunde auf den Plan gerufen. Die Deutsche Friedensgesellschaft hat an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, in der sie darlegt, daß das mit der Rüstungsvorlage verfolgte Ziel, das angeblich sein soll, einen dauernden Frieden zu sichern, auf diesem Wege nicht zu erreichen sei. Dann heißt es in dem Schreiben weiter:

„Wir sehen keinen Ausweg aus dem verhängnisvollen Ziel, in dem sich die europäische Politik bewegt, als den: es solle versucht werden, eine Übereinkunft unter den Staaten abzuschließen, durch die sie sich ihren Besitzstand gegenseitig garantieren und sich eine überseeische Expansion für den Notfall ermöglichen. Auch Frankreich würde — das ist unsere Überzeugung — schließlich eher bereit sein, sich durch einen derartigen Vertrag zu binden, als daß es sich durch das ruinöse System des bewaffneten Friedens, diesen latenten Kriegszustand, auszuweichen trachten ließe. Man müßte aber ein-

sehen, daß es nicht nur die Aufgabe der Politik sein kann, das Interesse des eigenen Staates zu wahren, daß es sich vielmehr darum handeln muß, den Boden für ein menschenwürdiges Zusammenleben der Nation zu bereiten. Die Verbreitung einer Nation durch die andere, wie sie heute die Regel geworden zu sein scheint, kann aber nicht als menschenwürdiger Zustand bezeichnet werden. Lediglich sollte auch schon unter Voraussetzung der gegenwärtigen Verhältnisse eine Übereinkunft unter den konstituierenden Regierungen möglich sein, dahingehend, daß eine Formel gefunden würde, welche ein gewisses Maximum der Rüstungsausgaben festlegen würde. Wenn es gelungen ist, zwischen der deutschen und der englischen Flotte das Verhältnis von 10:16 als annehmbar für die nächste Zeit festzusetzen, warum sollte nicht etwas Ähnliches auf dem Gebiet der Landwehrrüstungen möglich sein?“

Die „Friedensgesellschaft“ predigt tauben Ohren. So lange nicht eine einzige bürgerliche Partei den Mut hat, gegen den Wahnsinn des Wettrüstens aufzutreten, kann man den Regierungen mit guten Gründen nicht imponieren. Es hat beinahe den Anschein, als ob erst eine große Katastrophe über Europa kommen müßte, ehe die Vernunft sich Bahn bricht.

## Eine Warnung.

Der bekannte Finanzmann Dr. Rathenau veröffentlichte in der Wiener „Neuen Freien Presse“ einen Artikel über die Milliardenabgabe, der um deswillen nicht uninteressant ist, als er die in diesen Kreisen herrschende Stimmung widerspiegelt und zeigt, daß man auch dort die preussische Rechtlosigkeit drückend empfindet. Rathenau sagt, es sei vermessend, die bundesrätliche Steuervorlage mit den Volksoffern der Zeit um 1813 zu vergleichen. Es wäre auch jetzt noch an der Zeit, die wahren Lehren jener Epoche zu befolgen und das Unrecht abzuschaffen, das darin besteht, „daß das fähigste Wirtschaftsvolk der Erde, das Volk der stärksten Gedanken und der gewaltigsten Organisationskraft nicht zugelassen wird zur Regierung und Verantwortung seiner Geschichte. Abgespeist mit kommunaler Verwaltung und wirtschaftlicher Gesetzgebung, erblickt es die Staatsgewalt in den Händen einer kleinen, aber mächtigen Klasse, die zugleich das wichtigste der einseitigsten Parlamente beherrscht, genötigt es sich abzugeben an den Gedanken, daß eine Regierung nicht anders als konservativ sein darf. Klassenherrschaft, ausgedrückt durch mangelhafte Selektion und schwache Politik; Konserwatismus der Führung, ausgedrückt durch Ungleichheit der Lasten; das ist das doppelte Unrecht und die doppelte Gefahr unseres Landes. Und das Unrecht wiegt um so schwerer, als es nicht unbewußt geschieht. . . . Das natürlichste wäre nun, wenn das Volk spräche: Wir, deren Arbeiterschaft allein die Aufwendungen dieser Rüstungszeit ermöglicht, wir sind bereit, dies Opfer und spätere größere zu tragen. Aber wir erwarten, daß das Unrecht abgestellt werde, beginnend zunächst mit der Aenderung der ungeschicklichen Wahlkreis- und Wahlrechtsverteilung im Reich und des ungerichteten Wahlgesetzes in Preußen. Nichts dergleichen wird geschehen. Unser Volk ist politisch nicht unreif, aber indolent in hohem Maße. „Diese Indolenz“, so sagt Rathenau zum Schluß, „ist das schwerste Unrecht des deutschen Volkes. Tritt aber die Schicksalsstunde heran, so wird man begreifen, daß alle Unternehmung ein Spiel der Winde bleibt, wenn sie nicht in der Tiefe auf doppelt gefestigtem Fundament beruht: auf starker Politik und gerechter Verfassung.“

Auch diese Warnung wird im Winde verhallen. Die preussischen Junker spielen in der Politik va banque!

## für die einjährige Dienstzeit

tritt ein Mitarbeiter der nationalliberalen „Münchener Neuesten Nachrichten“ ein. Er schreibt u. a.: „Das Jahr 1893 bedeutet für die deutsche Militärgeschichte einen gewaltigen Schritt nach vorwärts. In diesem Jahre wurde für die Infanterie die zweijährige Dienstzeit eingeführt. Noch mancher Stimmen, die damals dagegen sprachen, hat die nun zwanzigjährige Erfahrung gelehrt, daß Deutschlands Söhne mit 21 Jahren derartig geistig und körperlich entwickelt sind, daß zwei Jahre aktive Dienstzeit voll auf genügen, ohne daß die Schlagfertigkeit der Arme auch nur im geringsten gelitten hätte. Frankreich will zur dreijährigen Dienstzeit zurückkehren, um die Kräfte des heidenden Heeres um einen ganzen Jahrgang zu verstärken. Hunderttausende von gesunden, kräftigen Leuten würden hierdurch dem wirtschaftlichen Leben und der Kulturarbeit Frankreichs entzogen. Wird diese Maßnahme für Frankreich nicht eine Vertiefung der Arbeitskräfte zur Folge haben? Die Antwort mag sich Frankreich geben. Wir werden ein solches Zurückfallen in die Barbarei nicht mitmachen. Im Gegenteil! Vorwärts wollen wir scheitern! Und hierzu gehört die Lösung der Frage, ob wir ungekehrt wie Frankreich handeln, die zurzeit zweijährige Dienstzeit für die Infanterie in eine einjährige umwandeln und die Dienstzeit für die übrigen Waffengattungen entsprechend kürzen können. Man darf doch nicht außer acht lassen, welche geistige und körperliche Entwicklung unsere Jugend in dem letzten Jahrzehnt, unterstützt durch Schule, Sport, Turn- und Jugendvereine genommen hat. Nehmen wir einmal an, mit Hilfe des Staates und insbesondere der Heeresverwaltung würden diese der körperlichen Pflege dienenden

Einrichtungen zum Zwecke einer militärischen Vorbildung organisiert, es würden Schießvereine unter militärischer Leitung eingerichtet, sollte es da nicht möglich sein, wenigstens für die, die diese Vorzüge durchgemacht haben, die aktive Dienstzeit ganz erheblich zu kürzen? Wenn auch zugegeben ist, daß diese Frage zu klären Zeit und Mühe braucht, daß sie praktisch nicht sofort durchzuführen ist, so würde es die Aufgabe der Heeresleitung nicht alterieren, wenn für einen kleinen Teil der Arme, etwa in einem Brigadebezirk, einmal ein Versuch in dieser Richtung gemacht würde. Hunderttausende werden ausgegeben, wenn Kanonen, Gewehre, Flugzeuge usw. ausprobiert werden. Soll es darum nicht möglich sein, auch einmal Mittel für einen solchen Versuch bereitzustellen, wenn es sich darum handelt, mehr als eine halbe Million Deutsche durch Verkürzung der aktiven Dienstzeit dem Wirtschafts- und Erwerbsleben um ein Jahr früher als jetzt zuzuführen? Dies sollte eine Antwort auf die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich sein.“

Es ist immerhin bemerkenswert, daß ein nationalliberales Blatt einen solchen Vorschlag zur Diskussion stellt. Wir sind überzeugt, daß die einjährige Dienstzeit in nicht allzu ferner Zeit durchgeführt wird. Nicht nur die finanziellen, sondern vor allem volkswirtschaftliche Gründe zwingen dazu.

## Die Warnung vor der fremdenlegion,

welche in der Dienstanzeige dieses Blattes veröffentlicht wurde, gibt zu folgender Betrachtung Anlaß. Neu und erfreulich ist die rückhaltlose Anerkennung, die der Sozialdemokratie in jenem Aufruf von einer stattlichen Anzahl hervorragender Gegner unserer Partei ausgesprochen wird. Wäre einer, der glaubt, uns als vaterlandlose Gesellen beschimpfen zu dürfen, wird die Ohren spitzen, wenn er hört, daß u. a. der Erzbischof v. Bettinger in der Sozialdemokratie denjenigen Teil des deutschen Volkes sieht, der bisher geschlossen und stark im Vordertreffen aller Kämpfe um Menschheitswerte und Menschenrechte gestanden hat, und er wird sagen: „O jerum, jerum, jerum, o quae mutio rerum!“ (O welche Veränderung der Dinge!) Aber warum steht kein Sozialdemokrat unter dem Aufruf, warum ist kein Sozialdemokrat Mitglied des Vereins? Gewiß, man hat auch in dieser Beziehung seine „Schuldigkeit“ getan. Man hat unsern August Bebel aufnehmen wollen, aber Bebel hat abgelehnt. Schön, damit scheinen aber auch die Versuche des Verbandes, einen Sozialdemokraten für die Leitung zu gewinnen, erschöpft zu sein. Man hat sich anscheinend an andere Sozialdemokraten nicht gewandt, obwohl es ein leichtes gewesen wäre, unter den jüngeren Kräften unserer Partei zuzugewandene Antworten zu erzielen. Gezeigt den Fall, Müller-Meinungen, der auch unter dem Aufruf steht, hätte abgelehnt, würde man dann auch keinen Ersatzmann aus den Reihen des Freisinnigen gewonnen haben? Die Sozialdemokratie wird dem Aufruf folgen wollen, sie wird ihre tatkräftige Mitwirkung nicht verweigern, aber sie wird darauf bestehen müssen, daß sie nach Maßgabe ihrer Stärke und ihrer Bedeutung in der Leitung des Verbandes vertreten ist. Wie die Dinge jetzt liegen, sieht es so fast aus, als sei man froh, daß Bebel abgelehnt hat und daß man auf diesem Wege in die Lage gekommen ist, das Antwortschreiben Bebel vom 3. März 1913 als Vorbild benutzen zu können, ohne genötigt zu sein, mit den unbehaglichen Sozialdemokraten im Vorstand zusammenarbeiten zu müssen. Ach meine, da sollte man die Finger drauf drücken, den Herren deutlich sagen. Dann müssen sie Farbe bekennen und offenbaren, inwieweit es ihnen mit der Heranziehung der Sozialdemokratie ernst ist. L. K.

## Deutsche Politik.

Wahlurnen für das ganze Reich. Im Reichsamt des Innern ist eine Vorlage fertiggestellt worden, die die Verwendung einheitlicher Wahlurnen für das ganze Reich vorsieht. Eine solche Vorlage besteht bereits in dem Wahlgesetz für Elsaß-Lothringen; die Urnen müssen dort mindestens 80 Zentimeter hoch und 35 Zentimeter breit sein. Staatssekretär Delbrück hat solche Urnen bereits früher einführen wollen, dieser Versuch scheiterte aber, wie Gen. Richard Fischer im Reichstage feststellen konnte, am Widerspruch des preussischen Ministers des Innern v. Dallwitz. Dieser Herr scheint nach der Festnagelung im Reichstag seinen Widerstand jetzt aufgegeben zu haben. Suppenküßeln, Zigarettenstücken und Gutschadeln werden also künftig von den ostelbischen Wählern verschwinden müssen, sehr zum Leidwesen der Junker, die damit eine sehr bequeme Möglichkeit verlieren, die Stimmabgabe der Wähler zu kontrollieren.

Das Erbrecht des Reiches. Am Freitag soll im Bundesrat das neue Steuerwerk vollendet werden. Die „Nöln. Zeitung“ erfährt dazu noch:

Für die Aufbringung der dauernden Kosten der Heeresverklärung dürfte, wie man hört, das Erbrecht des Reiches, sowie die Beisteuer gesichert sein, die von den Einzelstaaten auf Grund der Veranlagung des Vermögens für die einmalige Abgabe verteilt aufzubringen wäre.“

Das Erbrecht des Reiches bestand sich schon in dem Steuerbündel, das Fürst Bismarck im Reichstag im Jahre 1909 unter-

Seite 8.  
1.95  
3.50  
1.45  
3.85  
8.50  
9.75  
4.50  
2.25  
3.85  
4.85  
4.80  
5.80  
75  
95  
1.15  
1.45  
55  
1.45  
18  
50  
95  
75  
3.85  
1.35  
95  
4.75  
35  
3.25  
oben:  
Johde Islands,  
na, Preis per  
ener, Chamois-  
fa.  
Hamburger  
id 26 Bg.  
warze Pantom.  
und indische  
5280  
Bfg. berechnet.  
er,  
u sehr  
Z  
27  
Abtiller  
in Postkont  
spätesten  
1914  
band  
Telefon 270



breitet hat. Der Vorschlag ist damals mit so vielen anderen unter den Tisch gefallen und soll also jetzt seine Auferstehung feiern.

Die Heeres- und Deckungsvorlagen sollen am Freitag halbamtlich veröffentlicht werden. Den Mitgliedern des Reichstags sollen die Vorlagen am Mittwoch beim Zusammentritt des Reichstags zugehen. Was durch eine bürgerliche Korrespondenz über die geschäftlichen Dispositionen des Reichstags mitgeteilt wird, beruht auf eigener Erfindung. Diese Dispositionen können erst getroffen werden, wenn der Reichstag wieder versammelt ist. Wichtig ist nur, daß die Regierung alles daran setzen will, um die Heeresvorlage noch vor Pfingsten durchzuführen.

Die neuen Musterfabriken der Krankenkassen, die von der gesamten Industrie und allen anderen beteiligten Stellen seit langen Monaten mit Ungebuld erwartet wurden, sind vom Reichsanwalt nunmehr im Zentralblatt für das Deutsche Reich veröffentlicht worden.

Elektrizitäts-Monopol. Die „Berliner Volkszeitung“ behauptet, daß in maßgebenden Kreisen der Gedanke eines Elektrizitäts-Monopols ernstlich erwogen worden sei. Wenn man schließlich davon wieder abgesehen wäre, so nur deshalb, weil zu befürchten stand, daß die deutsche Elektrizitäts-Industrie aus dem internationalen Wettbewerb ausgeschaltet würde. Dagegen werde der Gedanke einer Elektrizitätssteuer eingehend erörtert.

### Ausland.

#### Ceserreich.

Ein Kanonenartikel ist von den Slodawerken in Biskup, von der Firma Krupp in Essen und von der ungarischen Rotonenfabrik Manfred Weiß abgeschlossen worden, weil die ungarische Regierung bei dem Plan, eine „nationale“ Kanonenfabrik zu errichten, eine Firma gegen die andere auszuspielen versuchte. Sollte der Staat die Fabrik selbst errichten, so wollen die Firmen der Regierung weder ihre Patente und Lizenzen abtreten, noch Gelder und Geschosse liefern.

Der ökonomische Ausgleich, nämlich der nationale Friedensschluß zwischen dem deutschen und tschechischen Bürgertum, wurde wieder einmal seit 2 1/2 Jahren ernstlich betrieben und ist nun wieder gescheitert. Die Kosten an Kommissionsbüdnen, Dienstreisen, Protokollen usw. betragen 500 000 Kronen, die dem chronischen Millionendefizit des „glorreichen Königreiches“ Böhmen hinzugezählt werden!

#### Frankreich.

Das Ministerium Barthou steht auf wackeligen Füßen. Die radikalen Minister Dumout und Raffé sowie der Unterstaatssekretär de Monzie hatten gleich nach Schluß der Montag-Sitzung ihre Entlassung angeboten, dieselbe aber im Laufe eines mehrstündigen dauernden Kabinettsrates wieder zurückgezogen. Das Ministerium wird sich Donnerstag der Kammer vorstellen und die, von dem unabhängigen Sozialisten Vreton angeführte Interpellation annehmen und beantworten. Vreton, der bekanntlich in der Kammer den Kampf gegen die Verhältnisse führt, interpelliert die Regierung darüber, auf welche Mehrheit sie zur Durchführung ihres Programms sich stützen wolle. Die Regierung soll dadurch Gelegenheit bekommen, eine solidere Mehrheit um sich zu scharen, als sie es bei ihrem ersten Auftreten in der Kammer gefunden hat.

#### England.

Der Verband sozialistischer Akademiker hat seinen ersten Jahresbericht erscheinen lassen, der naturgemäß hauptsächlich über Grundlegung der Organisation und Verlaufe ihrer Tätigkeit zu berichten hat. Der Bericht ist hoffnungsvoll. In verschiedenen Landesteilen wurden Fortschritte erzielt. Ferner wurde die Zeitschrift „Der Unberufene-Sozialist“ ins Leben gerufen. Die erste Jahresversammlung, die vom 2. März bis 4. April am See Deventwater in Nordengland stattfand, soll mehr dem persönlichen Verkehr gewidmet sein. Doch stehen neben den geschäftlichen Angelegenheiten folgende wichtige Fragen zur Beratung: Zusammenwirken der bestehenden Vereine behufs Meinungsaustrauschs über Methoden und Verlaufe, Gewinnung früherer Studenten zum Anschluß an die Akademiker-Organisation, Herstellung engerer Verbindung mit der allgemeinen Arbeiterbewegung, Hinwirken auf Schaffung eines internationalen Studenten-Ausschusses, Förderung von Untersuchungen in sozialer und politischer Wissenschaft und sozialistischer Theorie und Veröffentlichung von Schriften über diese und die übrigen Aufgaben der Vereinigung. — An der Spitze des Verbandes steht Clifford Allen in Cambridge, dem der „Daily Citizen“ höches Lob spendet. Er rühmt ihm Ausdauer, Haren Blick und praktische Erkenntnis des Wesentlichen nach, die alle seine politische Wirksamkeit wertvoll gehalten hätten.

### Der Sträfling.

Novelle von W. C. Kozrow.

Autorisierte Uebersetzung von H. Hesse.

4 (Nachdr. verb.)

Schluß statt Fortsetzung.

Der Gefangene hatte gemerkt. Er warf einen ausdruckslosen Blick um sich, als hätte er fortgehen mögen.

„Und sind Sie seitdem immer in der Dunkelzelle geblieben?“

„Jawohl, Herr Präsident, aber das macht nichts.“

„Und wie lange?“

„Dreißigzwanzig Monate.“

„Bei trockenem Brot und Wasser?“

„Jawohl, aber weiter brauchte ich ja auch nichts.“

„Geben Sie es sich auch überlegt, daß man berechtigt war, Sie in der Dunkelzelle zu lassen, solange Sie bei dem Entschluß beharrten, den Direktor zu töten? In der Dunkelzelle können Sie nicht mehr lange leben, und wenn Sie darin sterben, werden Sie nie die gewünschte Gelegenheit finden. Wenn Sie versichern, den Direktor nicht zu töten, könnte er Sie wieder in eine gewöhnliche Zelle bringen.“

„Aber dann müßte ich ja lügen, Herr Präsident. Ich hätte Gelegenheit, ihn zu töten, wenn ich in die Zelle zurückkehrte. Allein ich will lieber in der Dunkelzelle sterben, als ein Lügner und Heuchler sein. Wenn Sie mich in die Zelle zurückführen, töte ich ihn. Aber ich werde ihn bestimmt töten... und er weiß es auch.“

Offenherzig und unverdächtig zeigte sich die Nachsicht in diesem rümpelnden Menschen. Nur zwei Schritte entfernt stand er vor uns — nicht großsprecherisch, sondern unerbitlich wie der Tod.

„Ist Ihre Gesundheit sonst gut, abgesehen von Ihrem Schwächezustand?“ fragte der Präsident.

„O, ziemlich gut.“ antwortete der Sträfling matt.

„Nur fehlt der bohrende Schmerz zuweilen wieder, aber wenn ich dann erwache, geht es mir besser.“

Der Gefängnisarzt legte das Ohr an die Brust des Gefangenen und flüchelte dem Präsidenten einige Worte zu.

### Badische Politik.

Es ist ergötzlich,

wenn man sieht, wie die Zentrums- und Nationalliberalen sich abmühen, um die Nationalliberalen vom Großblock loszureißen. Was irgendwo in Deutschland Dummes über die Sozialdemokratie gesagt oder geschrieben wird, kommt in der badischen Zentrums- und Nationalliberalenpresse zum Ausdruck. Bis jetzt hat diese Taktik allerdings nur einen Scheiternserfolg gehabt. Die Nationalliberalen kennen den schwarzen Fuchs und haben keine Blinde durchschaut. Der „Badische Beobachter“ selbst ist nachgerade zu der Ueberzeugung gekommen, daß seine blöde Sozialistenbege auf die „Rebmannschen Gefinnungsänderungen“ keinen Eindruck macht. Wenn dem so ist, dann könnte der „Beobachter“ auch die für seine Gehartikel bisher verwendete Druckerwärme sparen. Die Hitze ist wirklich zu tölpelhaft, als daß sie irgendwo Eindruck machen könnte. Zum Glück für die Nationalliberalen haben die Nationalliberalen noch immer Zeit.

Eine bittere Pille

wird der Zentrums- und Nationalliberalen „Reichsforrespondenz“ verabreicht. Die „Reichsforrespondenz“ hat wiederholt gegen den Großblock Stellung genommen und die Nationalliberalen wegen ihrer Haltung zum Großblock scharf getadelt. Die Zentrums- und Nationalliberalen haben diese Artikel abgedruckt und mit entsprechenden Bemerkungen versehen. Neuerdings schreibt nun die „Reichsforrespondenz“:

Die frühere nationalliberale Partei hat den gemäßigten Liberalismus verkörpert und dieser ist von Wacker zertrümmert worden, weil der Parteikanaliker nach dessen Vernichtung zu seinem Ziel zu gelangen hoffte. Dem haben die von Wacker aufgeschwungenen Demokraten und die Sozialdemokraten einen Strich durch die Rechnung gemacht. Man will es nicht gewahren sein. Wenn von ihm und seinesgleichen die Nationalliberalen nichts wissen wollen, so kann man ihnen das ebensoviele verzeihen, wie man auf das jetzige Getue des Zentrums gegen die Sozialdemokratie etwas zu geben braucht.

Von 1890 bis 1904 hat die Sozialdemokratie in Baden von der mittelbaren Unterstützung durch das Zentrum gelebt, und erst seit dem Großblock ist die Sozialdemokratie dem Zentrum ein Nebenbuhler. Die Sozialdemokratie hat sich in Baden, Ost, sowie Lörrach und unter Vorantragung einer „Vogelstrecke“, durch die Sozialdemokratie gewonnen worden. Wo blieb da die „eigene Mühseligkeit auf das Staatsinteresse“, von der in der „Wöln. Volkszeitung“ die Rede ist, und was sollen die Worte Wackers schon 1902 und 1903 gegen die Sozialdemokratie, seine Vorschläge von „neutralen Kandidaturen“, nach dem noch 1901 vom Zentrum in Karlsruhe über die „Sozialisten“ geschimpft worden war, die sich „erdreistet“ hatten, für die nationalliberalen Kandidaten gegen die von Wacker befehligte demokratisch-sozialdemokratische Liste einzutreten! Bis 1905 hat schließlich das Zentrum beide Augen zugedrückt, wenn die Beamten für Demokraten und Sozialdemokraten „arbeiten“.

Und die „Borghemererei“! Erst mußte der Nationalliberale Wittum bei den letzten Reichstagswahlen brieflich um Zentrumsbeihilfe nachsuchen, hintennach gab man seine Briefe öffentlich im „Bad. Beobachter“ bekannt, und spielte Abzüge von dem erscheinenden „Woch.“ Artikel den sozialdemokratischen Abgeordneten in die Hände. Ist das etwa eine großzügige und aufrichtige Bekämpfung der Sozialdemokratie? Verriät das etwa ein tiefes Gefühl für die Gemeinbürgerschaft der bürgerlichen Parteien gegenüber der Sozialdemokratie? Sehr mitschuldig gegen die übrigen bürgerlichen Parteien sind ja auch die sonstigen Forderungen und die ganze Haltung des Zentrums in letzter Zeit nicht.

Wir sind einigermaßen neugierig, ob auch dieser Artikel in der Zentrums- und Nationalliberalenpresse zum Ausdruck kommt und was sie dazu zu sagen hat.

Grober Unfug.

Die sattem bekannte „Freiburger Tagespost“ beschäftigt gedruckte Bestellscheine, die die Aufschrift tragen: „An das katholische Stadtpfarramt Emmendingen“. Eine amtliche kirchliche Stelle wird von diesem ruppigen Zentrumsblatt als Zeitungsbestellanstalt benützt. Welchen Spektakel würde die Zentrums- und Nationalliberalenpresse machen, wenn eine amtliche kirchliche Stelle einen solchen Amtsmißbrauch begeht!

„Ich dachte es mir wohl.“ antwortete dieser. „Führen Sie nun den Mann ins Hospital. Er soll ein Bett haben, wo Licht und Sonne ihn stärken, und bekommt kräftige Kost.“

Ohne auf diese Reden zu hören, ging der Sträfling schleppenden Schrittes hinaus, gefolgt von einem Wärter und dem Arzte.

Der Gefängnisdirektor saß in seinem Bureau; er war allein mit der Nr. 14 208.

Was den Sträfling am meisten in Erstaunen setzte, war der Umstand, daß man ihn so frei und noch dazu unter vier Augen dem Manne gegenüberstellte, den er zu töten beschloß, und der Schlüssel lag auf dem Tische zwischen ihnen. Die drei Wochen, die er im Hospital verbracht, hatten ihm gut getan, doch war sein Antlitz noch immer leichenfahl.

„Der Akt der Inpektoren vor drei Wochen.“ begann der Direktor, „machte mein Abschiedsgesuch notwendig. Ich habe die Ernennung meines Nachfolgers abgewartet, der jetzt in Amt angetreten hat. Heute verlasse ich diese Strafanstalt. Doch in diesem Augenblick habe ich Ihnen etwas mitzuteilen, das Sie interessieren dürfte. Ein Sträfling, der im vorigen Jahre nach Verbüßung seiner Strafe entlassen wurde, hat kürzlich in der Zeitung von Ihnen gelesen und mir geschrieben. Er gesteht, daß er unter Ihrem Namen Ihren Tabak von dem Oberwärter verlangt und erhalten hat. Er heißt Salzer und hat große Ähnlichkeit mit Ihnen. Er hatte seinen Lohn erhalten, und als er kam und den Ihnen forderte, hielt der Oberwärter ihn für Sie und gab ihn ihm. Der Beamte hatte nicht im entferntesten die Absicht, Sie zu betrügen.“

Der Sträfling atmete mühsam und beugte sich gespannt nach vorn.

„Was zum Empfang dieses Briefes“, fuhr der Direktor fort, „hatte ich mich den Bestrebungen für Ihre Begnadigung feindlich gezeigt. Doch sobald ich diesen Brief erhielt, habe ich gleichfalls um Ihre Begnadigung nachgesucht, und haben Sie man Sie Ihnen gewährt. Ferner haben Sie eine schwere Herzkrankheit. Sie sind jetzt frei.“

brauch verüben würde? Aber im Interesse der Zentrums- und Nationalliberalen ist jeder, auch der größte Unfug gestattet. Für das „nichtkonfessionelle“ Zentrum ist das katholische Pfarramt in erster Linie eine politische Agitationsstelle und erst in zweiter Linie eine kirchliche Einrichtung. Und für diese Art der Zentrumsagitation leistet der Staat alljährlich besondere Zuschüsse aus allgemeinen Staatsmitteln. Wie lange noch? Die nationalliberale Presse entriestet sich auch und zwar mit Recht, über diesen groben Unfug. Aber sie hat nicht den Mut, auch die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen und für die Verweigerung der staatlichen Zuschüsse zu plädieren.

Ein literarischer Heißhohn.

Man schreibt uns aus Gengenbach: Wie allgemein bekannt ist, so hielt auch dieses Jahr am Ostermontag nachmittags der Wirt zur „Linde“ Tanzmusik ab. Dadurch hat er sich schon lange den Born des hiesigen Pfarrwessers Wintermantel, der ein eifriger Zentrumsagitationsorgan ist, zugezogen. Seit einer Reihe von Jahren wurden immer am Ostermontag von der Kirche herunter die Schäferin auf die große Sänbe, die sie sich durch den Besuch des Langobodens am Ostermontag ausziehen, aufgemacht gemacht. Diesmal dagegen ging man mit scharfem Gesichts gegen den Wirt vor. In der Frühmesse sowie im Abendamt und Hauptgottesdienst wurde der Wirt verbannt gegen den Wirt von der Kanzel herunter verflucht. Es werden ihm so lange die kirchlichen Sakramente verweigert, bis er der Kirche gehorcht und am Ostermontag keinen Tanz mehr abhält. Dieses scharfe Kommando der hiesigen Geistlichkeit gegen den Wirt, der, nebenbei bemerkt, kein Zentrumsmann ist, dürfte das Tagesgespräch. Der Erfolg wird natürlich auch nicht ausbleiben. Die Redaktionen des Badenwessers wiesen einen derartig starken Besuch auf, wie nie zuvor, viele mußten unterliegen, da es unmöglich war, noch einen Platz zu bekommen und dies, trotzdem Spione sich in der Kirche aufhielten und die Besucher eifrig aufnotierten. So viel heißt es, daß kein hiesiger Einwohner bis jetzt Anstoß genommen hat, daß am Ostermontag gelangt wird, mit Ausnahme der Geistlichkeit. Am Montag hat ja der Lindewirt durch diesen Mann keinen Schaden gehabt, aber für die Folge wird er wohl empfindlich geschädigt werden. Wir fragen an: Was bedeutet die Behörde, sowie der Gemeinderat zu tun, um derartige geschäftsschädigende Eingriffe in die Gewerbebetriebe der hiesigen Geschäftsleute in Zukunft unmöglich zu machen? Das wäre ja noch schöner, wenn hiesige Wirt erst im Pfarrhof um Tanz-Genehmigung anhalten müßten.

Der Generaldirektion unserer Staatsbahnen zur Beachtung empfohlen.

In einer der letzten Eisenbahndirektionsverhandlungen wurde eine der größten Werte neuerung angefragt. Wäher konnten zum hiesigen Befahren einer Strecke sogenannte Monats- oder Jahresfahrkarten benutzt werden. Der Gebrauch der letzteren führte jedoch zu allerlei Unzuträglichkeiten, namentlich bei Unterbrechung durch Krankheit oder bei Wegzug des Karteninhabers wurden sekundäre Schädigungen desselben herbeigeführt, die den billigen Preis der Jahreskarten unzulässig machten und manchen dazu drängten, sich lieber eine teurere Monatskarte zuzulegen. Dem soll nun dadurch gesteuert werden, daß nur noch Monatskarten aber zum Jahreskartenpreis abgegeben werden, und die interessierten Kreise wissen der Eisenbahnenverwaltung Dank, wenn diese Maßregel, die übrigens schon in den andern süddeutschen Bundesstaaten längst eingeführt ist, durchgeführt werden könnte.

Eine andere von derselben Instanz angefragte neuerung findet aber ganz und gar nicht den Beifall der in Betracht kommenden Bevölkerungsgruppen. Den laienmännlichen Schülern, die bisher zum Teil die Jahres- resp. Monatskarten benutzen, soll nun eine billigere Fahrkarte angeboten werden, indem man ihnen gestattet, Arbeiterkarten herzustellen zu gebrauchen. Diese Karten haben jedoch eine Schattenseite. Sie dienen nur zu einer einmaligen Fahrt und sind für jeweils morgens oder abends. Arbeiter gehen für Mittag- und abends zum Mittag heim zu ihren Eltern, da sie nicht Mittel und oft auch keine Gelegenheit haben, in einem Geschäft am Arbeitsorte zu Mittag zu essen. Das mehrmalige Zurückfahren unter Tags war mit der Zeitkarte möglich, mit der Arbeiterkarte jedoch nicht, deshalb begrüßen die Beschäftigten und deren Eltern diesen Vorstoß mit gemischten Gefühlen. Es wird deshalb aus den Eisenbahnen der kaufmännischen Schichten der schon öfters erwähnte Vorschlag gemacht, man möge den kaufmännischen Beschäftigten und den anderen Berufsgruppen Schülerkarten zu denselben Preisen zur Verfügung stellen, wie sie die Schüler der Mittel-, Hoch- und Handelschulen benötigen.

Der Bad des Sträflings wurde staar, und stumm rüttelte er sich auf. Ein seltsamer Ausdruck lag in seinen Augen und die weißen Zähne schimmerten drohend zwischen den geöffneten Lippen, doch eine gewisse festsche Schwermut milderte die Härte seiner Gesichtszüge.

„In vier Stunden fährt der Omnibus zum Bahnhof“, sagte der Direktor. „Sie geben gewissen Drohungen gegen mein Leben Ausdruck...“

Der Direktor hielt inne. Dann war seine Stimme von Erregung bewegt, als er erklärte: „Ihre Absichten in dieser Beziehung — ich will nicht weiter darauf eingehen — werden mich in keiner Weise hindern, das zu erledigen, was ich als Mensch dem Menschen gegenüber für meine Schuldigkeit halte. Ich habe Sie mit einer Strafe bestraft, deren Maßlosigkeit ich erst jetzt erkenne. Ich glaube nicht zu haben. Es war mein verhängnisvoller Irrtum, daß ich Ihre Natur nicht begriffen hatte. Von Anfang an habe ich Sie verurteilt und beurteilt und mein Gewissen dadurch mit einer Schuld beladen, die mich zeit lebens bedrückt wird. Wäre es nicht zu spät, so würde ich alles tun, was nur in meiner Macht lände, um das Leid wieder gut zu machen, das ich Ihnen zufügte. Hätte ich das Unrecht erkennen und seine Folgen voraussehen können, so würde ich eher ohne Zaudern mein Leben hingeben haben, als die Hand zu erheben und Sie in die Dunkelzelle zu werfen. Unser beider Leben ist nun verpfändet. Ihr Leid gehört der Vergangenheit an, das meinige aber der Gegenwart und wird nur mit meinem Leben enden. Denn auf meinem Leben lastet nun ein Fluch, und ich ziehe es vor, freiwillig von dieser Welt zu scheiden.“

Totenblau, doch mit entschlossener Miene nahm der Direktor einen geladenen Revolver aus der Schublade und legte ihn vor den Sträfling.

„So, nun haben Sie die gewünschte Gelegenheit“, sagte er ruhig. „Niemand kann Sie hindern...“

Der Gefangene atmete tief und schwer. Dann trat er von der Waffe zurück, als sei es eine giftige Schlange.

„Noch nicht... noch nicht“, rante er angsterfüllt.



Es ist fiderlich leicht zu verstehen, wenn ein Briefschreiber zu folgenden Erwartungen kommt, wie ein junges in „Volksfreund“ veröffentlichter Brief sie ausdrückt. Dort hieß es am 20. v. M.:

Es ist ganz schön, wenn Lehrlinge Arbeiterwochenkarten bekommen, denn diese armen Teufel mühen bis jetzt Zeitkarten nehmen, wie sie jeder gutbezahlte Kaufmann oder Deputierte nehmen mußte, während Studenten, meist Söhne reicher Eltern, von Karlsruhe-Weidelberg oder Bruchsal-Karlsruhe mit sehr billigen Schülerkarten fahren, sogar zum Wintersemester zurück, also die Straße viermal im Tag. Erhalten aber die Kaufmannslehrlinge Arbeiterwochenkarten, so können sie mittags (meines Wissens) nicht zurückfahren, dabei fahren doch die meisten mittags zum Essen nach Hause. In diesem Falle müßten sie doch eine Zeitkarte nehmen, sofern ihnen keine Schülerkarten gewährt werden.

Zu Punkt 3 kann ich meine Befriedigung ausdrücken und frage ich, warum gibt es keine getrennte Karte für solche, die täglich hin- und zurückfahren und für solche, die zum Mittagessen nach Hause fahren (also diernmal täglich). Mag das auch etwas scharf sein, so trifft es doch den Nagel auf den Kopf und die Meinung des Briefschreibers findet unsern ungeteilten Beifall.

### Die Tätigkeit des bad. Gewerbeaufsichtsamtes (Fabrikinspektion).

Ueber die im Jahre 1912 stattgefundenen Streiks und Ausperrungen enthält der Bericht interessante Tabellen; ebenso über die abgeschlossenen Tarifverträge. Von Streiks und von Ausperrungen wurden 264 Betriebe ergriffen, von denen 69 durch die Bewegung zum Stillstand kamen. Die Höchstzahl der gleichzeitig streikenden oder ausgesperrten betrug 4180 von 7720 Arbeitern im ganzen. In 62 Fällen war die Bewegung hervorgerufen durch Lohnforderungen, in 11 Fällen durch die Arbeitszeit, in 27 Fällen durch die Arbeitsbedingungen, in 22 Fällen durch die Arbeitszeit, in 8 Fällen durch die Arbeitsbedingungen, in 22 Fällen durch die Arbeitszeit, in 8 Fällen durch die Arbeitsbedingungen. Soweit dem Bericht bekannt wurde, fand Abschluß eines Tarifvertrages statt, darunter 14 Kollektivverträge und 15 Einzelverträge.

Eine nennenswerte Forderung der Gewerbeaufsicht als Einigungsamt ist im Jahre 1912 nicht zu verzeichnen. Das Gewerbeaufsichtsamts Offenbarung schiedliche Streitigkeiten in einer kleinen Zigarrenfabrik. Der Vorsitzende des Gewerbegerichts Mannheim wurde wiederholt und meist mit Erfolg zur Beilegung von Meinungsverschiedenheiten über bestehende Verträge angezogen. Das vollbetriepte Einigungsamt kam auch hier nicht in Tätigkeit.

Eine größere Maschinenfabrik — welche sagt der Bericht nicht — hat mit einer Anzahl Arbeiter Sonderverträge zu dem Zwecke abgeschlossen, bei einem etwaigen Streik die Aufrechterhaltung des Betriebes wenigstens einigermaßen zu ermöglichen. Die Firma zahlt diesen Leuten feste Wochenlöhne von 36 bis 40 M. bei neunstündiger Arbeitszeit. Während des jährlichen Urlaubs, bei Krankheitsfällen und militärischen Übungen wird der Lohn bis zur Dauer einer Woche weiterbezahlt. Mühsige für Feiertage und dergleichen erfolgen nicht, die Beiträge zur Krankenkasse bezahlt die Firma. Die Kündigungsschutzfrist ist monatlich und nur auf den Monatslohn zulässig. Die Arbeiter verpflichten sich, keiner Organisation anzugehören.

Wiel Staat können jedenfalls diese Arbeiter mit ihrem „Sondervertrag“ in der Tasche nicht machen.

Der Jahresbericht enthält außerdem noch einen werblichen hygienischen Sonderbericht von Gewerbeinspektor Dr. med. Volkmann, dem wir folgendes auszugeweiht entnehmen: Nach Ermächtigung durch das Ministerium des Innern belegte das Gewerbeaufsichtsamts im Botanischen Institut der Technischen Hochschule für den ärztlichen Beamten einen Arbeitsplan zur Vornahme bakteriologischer und anderer Untersuchungen. Ueber diese ist nachfolgendes zu berichten: Aus 17 Kohlenpfeifenröhren und Röhrenfabriken des Landes wurden vor und nach der Desinfektion Haarproben entnommen und auf ihren Keimgehalt untersucht. In einer Röhrenfabrik war die Desinfektion nicht genügend. Die Firma stellte die Vorrichtungen in der Originalfabrik nach Desinfektion des Wadels in den Kochkessel. Dabei kam der obere Rand der Kiste nicht ganz unter Wasser; obwohl man die Kiste nach einer Stunde umdrehte, waren die äußeren Vorjenseiten nicht ausreichend entkeimt. Die Firma beschaffte einen Dampfdesinfektionsapparat. Verschiedene Vorrichtungen zur Desinfektion der Kiste wurden nachgeprüft. Einlegen der Kiste in eine mit zwei Prozent Salzsäure versetzte acht- bis zwölfpromzentige Koch-

salzlösung auf die Dauer von vierundzwanzig Stunden löst bei gewöhnlicher Temperatur die Milzbrandsporen sicher. Bei einer Temperatur des Bades von vierzig Grad und sechsstündiger Einwirkung genügen ein Prozent Salzsäure und acht Prozent Kochsalz. Diese Methode ist von Schattentrost angegeben. Eine schon öfters durch Milzbrand heimgesuchte Gerberei will durch Versuche im großen den Einfluß des Verfahrens auf die Beschaffenheit der Häute feststellen. Eine bei gewissen Färbemethoden erkennbar werdende Veränderung an den roten Blutkörperchen von Weitranten — basophile Granulation — leistet neuerdings bei der Feststellung von Weitranten gute Dienste. Diese Veränderung ist keine unerlässliche Begleiterscheinung von Weitrantengiftungen. Auch Schaumbuntfärbungen sind in das Arbeitsprogramm aufgenommen.

Mit Erlaß vom 7. August 1912 wies das Ministerium des Innern darauf hin, daß die Wiederbelebungsversuche an vom elektrischen Strom getroffenen Personen oft zu spät begonnen und nicht lange genug durchgeführt werden. Ein gutes Erstmittel für die manuelle künstliche Atmung ist der Dräger'sche Pulmotor, der in einzelnen Elektrizitätswerken auch schon beschafft ist. Die Handhabung des gut konstruierten Apparates kann von Laien erlernt werden. Wie gefährlich das Handeln von Laien mit unzureichenden Instrumenten an Menschen ist, lehrt ein Fall in einer Durlacher Fabrik. Ein Arbeiter hatte sich durch einen Holzsplitter leicht verletzt und wollte dieselbe selbst entfernen. Er erkrankte schwer an Blutergußung und verlor den Finger.

Einer Anregung der Internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiterrecht entsprechend, empfahl das Reichsamt des Innern den Bundesstaaten, auf dem Verordnungswege eine Anzeigepflicht bei gewerblichen Erkrankungen einzuführen oder mit Beziehung auf den im Jahre 1914 in Kraft tretenden § 343 der Reichsversicherungsordnung von den Krankenkassen das Material zu beschaffen. Die badische Landesregierung stimmte der Anzeigepflicht im Prinzip zu, will sie aber nur für das ganze Reich gleichzeitige eingeführt sehen. Das Ministerium des Innern beauftragte das Gewerbeaufsichtsamts, sich mit denjenigen Krankenkassen des Landes, unter deren Mitgliedern ein nicht nur ausnahmsweises Auftreten von Diphtherie, Pharyngitis, Arsen- oder Quecksilbervergiftungen anzunehmen ist, wegen der Anzeige von solchen Erkrankungsfällen in Verbindung zu setzen. Im über das Vorhandensein dieser Vergiftungen und auch anderer Gewerbekrankheiten in einigermaßen vollständiges und zuverlässiges Material zu erhalten, wurde durch Vorträge in den ärztlichen Vereinen der Städte Karlsruhe, Pforzheim und Mannheim darauf hingewirkt, daß die Ärzte etwaigen Verdacht auf das Vorliegen von Gewerbekrankheiten in den Krankheitsberichten bemerken. In einem Aufsatze der ärztlichen Mitteilungen aus und für Baden“ erging das gleiche Ergehen an die Ärzteschaft. Die Ortskrankenkassen der genannten Städte nahmen in ihre Krankheitsberichte eine entsprechende Rubrik auf. Eine Besprechung der ärztlichen Landeszentrale mit der Vereinigung der Krankenkassen soll eine Vereinbarung des Formularwesens im ganzen Lande herbeiführen.

Im großen ganzen zeigt der Jahresbericht, daß im abgelaufenen Berichtsjahre ein schönes Stück Arbeit zum Schutze der Lohnarbeiterschaft geleistet wurde, um wenigstens die gewöhnlichen Schädigungen an Leben und Gesundheit der Arbeiter, denen sie in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ohne entsprechende Aufsicht preisgegeben wären, auszuhalten. Er zeigt auch, daß die badische Fabrikinspektion ihren durch Wörtschöfer begründeten guten Ruf auch unter der jetzigen Leitung des Herrn Dr. Karl Wittmann voll und rechtlich bewahrt und die Arbeiterchaft zu dieser Institution Vertrauen haben darf. Auf den dem Jahresbericht des Gewerbeaufsichtsamtes beigefügten Sonderbericht des Regierungsrates Dr. Köhlich über die Lage der Steinindustrie in Baden kommen wir in einem besonderen Artikel zurück.

### Aus der Partei.

#### Der holländische Parteitag.

Der diesjährige, holländische Parteitag trat am Samstag in Utrecht zusammen. Er war außerordentlich stark besucht, 198 Delegationen waren durch 20 Delegierte vertreten. Bei der Eröffnungssitzung sprach Dr. Liegen den großen Aufbruch der Partei, deren Mitgliederzahl sich in zwei Jahren von 10 000 auf fast 18 000 erhöht habe. Der Parteitag sei gewissermaßen die Einleitung des Kampfes für die im Juni stattfindenden Generalwahlen, in denen die Partei gegen Liberale und Merikale zu kämpfen habe. Wiegen begrüßte dann den Genossen Scheidemann, den Vertreter des deutschen Parteivorstandes. Scheidemann überbrachte dem Parteitag der holländischen Genossen die Grüße der deutschen Partei, besprach den Wert der wachsenden Organisationen des sozialdemokratischen Proletariats und betonte, daß darin die beste Gewähr für

### Wie man zum Räuber werden kann.

Der Sternmel-Prozess hat einem Arbeiter Anlaß gegeben, an unser Zentralorgan folgende Zeilen zu richten: Wie man zum Räuber werden kann, zeigt folgende Begebenheit, die mir und zwei anderen Deutschen im südlichen Italien passierte. Es regnete furchtbar. Um einen kürzeren Weg zu nehmen, mußten wir einen Waldweg überschreiten. Wir verirrt uns und mußten mehrere Stunden in einem vom Wasser gespeicherten und jetzt auch vom Regen gefüllten Weg gehen. Der Wald selbst war unpassierbar. Schließlich ging es durch ein Dornengebüsch, das unsere leichten Mäntel zerriß. Dann kam endlich eine Felsung in Sicht. Der Felsenerweigerter sich, uns etwas zu essen zu geben, auch nicht gegen Geld. Da übermannte uns doch der Jörn und wir nahmen in seinem Beisein Feldfrüchte, Rüben aus seinem Garten und aben. Das hatte der gute Mensch nicht erwartet und — schämte sich; er bot uns Speise an, die wir, dann ablehnten. Was wäre wohl geschehen, wenn der Mann rabiat geworden wäre? Dann würden die bürgerlichen Zeitungen gezeter haben über die Wande, die eine friedliche Felsung überfiel usw. Und wir wollten doch nur unseren Hunger stillen. Wir hatten durchaus nicht die Absicht, silberne Köffel zu stehlen.

Auch im berühmten Rommerland konnte ich recht ideale Zustände in der Wanderversorgungsstellen feststellen. Ideal nach den Begriffen derjenigen, die an ihrer Tür das Schild haben: „Mitglied des Vereins gegen Wanderbetteln“. Behauptet wird stets, daß der Sandwerksbursche, ohne Betteln zu müssen, auskommen könne. Das wollte ich gründlich probieren, entkledigte mich aller Darmittel, was ja nicht schwer war, und ging von Sektin aus ins Land der Bittkammerer. Nach sechs Tagen erhielt ich Arbeit. Mein Mittag war aber so zugerichtet, daß ich in den nächsten Wochen nur sehr wenig essen konnte und Mühe hatte, die Arbeit zu leisten. Außer auf einer Station, die durch ein Vermächtnis erhalten wird, gab es tagtäglich Bettelorteln und Seruine, selbstredend von der besten Sorte. Die

den Frieden liege. Die Ansprache wurde mit großem Beifall aufgenommen. — Am Sonntag begann die Besprechung des Jahresberichts des Parteivorstandes, des Berichts der Kammerfraktion und der Redaktion des Parteiorgans.

Das Hauptmoment war die dreistündige Rede des Genossen Troelstra über das Wahlprogramm und die Stichwahlbedingungen. Das Wahlprogramm lautet: Allgemeines Wahlrecht für Männer und Frauen, prämiertfreie Arbeiterpensionierung, Verteidigung des Freihandels und der öffentlichen Schule. — Die Stichwahlbedingungen sind: Allgemeines Männerwahlrecht, Aufhebung der Verfassungsbestimmungen, welche das Frauenwahlrecht ausschließen; das Frauenwahlrecht darf nicht an finanzielle Grenzen gebunden sein, Abweisung jeder Ersetzung der Ersten Kammer, prämiertfreie Arbeiterpensionierung. Der Parteivorstand schlägt weiter vor, innerhalb zwei Wochen vor dem Wahltag in Amsterdam und Rotterdam als Probemobilisation tagsüber Wahlrechtsdemonstrationen abzuhalten. Die Rede Troelstras fand starken Beifall. Nach ausführlichen Debatten wurden spät abends diese Vorschläge mit Einstimmigkeit angenommen, nachdem alle Amendements mit fast allen Stimmen verworfen worden waren.

#### Der Parteitag der französischen Sozialisten.

Die sozialistische Partei Frankreichs hielt an Ostern ihren Parteitag in Vrejt ab. Der gestrige Tag war der Verhandlung über die Militärvorlage und über das Verhältnis Frankreichs zu Deutschland gewidmet. Es standen sich zwei Tagesordnungsanträge gegenüber. Der erste von Compeere-Morel enthält sechs Punkte. Er stellt fest, daß die Fortsetzung der Rüstungen und die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit sowohl in Frankreich wie in der übrigen Welt als Beweis einer nationalistischen und chauvinistischen Politik angesehen werden. Der Parteitag erblicke demgegenüber das einzige Mittel, die Landesverteidigung zu sichern, in der Einführung von Milizen durch die allgemeine Bewaffnung des Volkes. Dieses Ziel müsse jede Herabsetzung der Dienstzeit nehmen, nicht aber die Verlängerung des Kaserneaufenthaltes für die jungen Soldaten. Der Parteitag erachte ferner, daß die durch den bewaffneten Frieden hervorgerufenen Ausgaben das wirtschaftliche und soziale Leben der Völker erschüttern, daß sie nur durch die Entwicklung und Verwirklichung des internationalen Schiedsgerichts herabgesetzt werden, daß das endliche Verschwinden internationaler Konflikte jedoch dem Untergang des kapitalistischen Prinzips selbst untergeordnet sei. Der Parteitag sei sodann der Meinung, daß zwei große Nationen wie Deutschland und Frankreich durch ein öffentliches und öffentlich bekräftigtes Einvernehmen das Signal zu einer parallelen und gleichzeitigen Abrüstung geben können. Der Kongreß gebe seiner Freude Ausdruck, daß die sozialistische Partei in Deutschland und Frankreich gemeinsam verhandeln, und daß sie sich mit den Esch-Löschinger Sozialisten solidarisieren, welche die Wünsche der gesamten Bevölkerung Esch-Löschingers vertreten und daß sie ihren gemeinsamen Willen behaupten haben, um keinen Preis eine Wendung herbeizuführen, welche Frankreich und Deutschland in Konflikt bringen würde. Der Kongreß gebe schließlich der sozialistischen Fraktion der Kammer und dem ständigen Verwaltungsausschuß der Partei den Auftrag, im Parlament und im Lande durch eine kraftvolle und entschiedene Tätigkeit für ein französisch-deutsches Einvernehmen, für das internationale Schiedsgericht, für die Durchführung der Miliz und gegen die dreijährige Dienstzeit zu wirken. Die Abgeordneten Baillant und Francis de Pressensé unterstützten in längeren Reden diese Tagesordnung, die mit großer Mehrheit angenommen wurde.

#### 10. Bad. Reichstagswahlkreis (Karlsruhe-Bruchsal).

In öffentlicher Versammlung spricht am Samstag, 20. März, abends 9 1/2 Uhr, in Dulach im Gasthaus zur „Traube“ und am Sonntag, 30. März, nachmittags 3 Uhr, in Amlingen im Gasthaus zur „Linde“ Reichstagsabg. Gen. Fuchs aus Strahburg über „Deutschlands innere und äußere Politik“. Wir erwarten von den Parteigenossen genannter Orte, daß sie für diese Versammlungen agitieren und für guten Besuch besorgt sind.

#### Das Parteisekretariat für Mittelbaden.

J. B.: Friedrich Weber.

**Reinsteinsbad.** Die Generalversammlung des sozialdem. Vereins fand am Samstag abend in „Oeffen“ statt. Aus dem Geschäftsbericht des Gesamtvorstandes ist zu entnehmen, daß die Vereins- wie Parteiverhältnisse sich gütlich entwickeln. Auch die Kampferhältnisse sind gute. Bei 150 Wahlberechtigten beträgt die Mitgliederzahl des Vereins 72, nahezu 50 Prozent. Wenn alle Mitglieder ihre Pflicht tun, kann bei guter Agitation bis zum nächsten Geschäftsjahre wieder ein kräftiger Schritt vor-

Wahrscheinlichkeit war spärlich. Nachtlager zumeist Stroh, dessen Bewohner auch nicht ruhig waren. Morgens dafür Straßensengen, Säckschneiden u. a. Nach der Arbeit Bescheinigung holen, und weiter geht es zur nächsten „Verpflegung“ mit demselben Menü. Soll da ein Mensch nicht zusammenbrechen, der monatelang so leben muß, kann nicht leicht die Verjüngung über ihn kommen und er etwas tun, was seine Lage scheinbar bessern könnte, ihn aber mit den Straßensengen in Konflikt bringt? Ist es geschehen, dann schreit „man“ über Verwahrlosung.

Die bürgerliche Presse kann sich nicht genug tun in abfälligen Äußerungen über die Arbeiterjugend, die den Dingen freier ins Auge sieht. Möge sie dem Mörder Kapitalismus gegenüberreten. Laufende sterben in den Bergwerken eines gewaltigen Todes, Tausende müssen auf dem Felde der Arbeit ihr Leben ausspannen, wo ist hier der Ankläger? Jedem ehrlichen Menschen muß die Umgestaltung der jetzigen Wirtschaftsordnung als höchstes Ziel gelten.

### festetaumel und Genußsucht.

Wie furchtbar nahe die Demütigung Preußens den regierenden Herrschaften der damaligen Zeit gegangen ist, darüber weiß der Historiker manch artiges Stücklein zu erzählen. Dem profanen Volke werden diese Dinge gewöhnlich vorenthalten, dennoch sicher ab und zu ein Tröpflein der Wahrheit nach unten durch. In ihrem Geschichtsbuch der über die Ereignisse vor hundert Jahren kann die „Schlesische Zeitung“ z. B. folgendes auführen:

16. März. Uebergabe der Kriegserklärung an den französischen Gesandten St. Marjan. Die Monarchen des norddeutschen Bundes, die in und um Breslau stehenden Teile der niederösterreichischen Brigade beginnen nach feierlicher Einsegnung und Parade vor den Monarchen auf den Schweißnitzer Anger den Abmarsch nach Buzlau.

17. März. Der König unterzeichnet die Auftrufe „An mein Volk“ und „An mein Heer“, die Landwehrord-

Die beiden Männer sahen einander gegenüber, Aug in Aug, ohne mit einem Muskel zu zucken.

„Fürchten Sie sich vor der Tat?“ fragte der Direktor. Ein flüchtiger Blick leuchtete in den Augen des Sträflings auf.

„Nein!“ keuchte er. „Sie wissen es recht gut. Ich kann ja nicht ... noch nicht ... noch nicht.“

Wie ein Loter erhob sich der Gefangene — taumelnd, leichtenfalls, mit starren Augen und schimmernden Zähnen. „Endlich sind Sie am Ziel! Sie haben mich überwunden! Ein menschliches Wort hat vollbracht, was weder Dunkelzelle noch Peitsche vermochten ... Jetzt bohrt es es wieder in mir. Um dieses einen Wortes willen könnte ich Ihr Sklave sein.“

Reißliche Tränen entstürzten seinen Augen. „Ich kann das Weinen nicht unterdrücken. Ich bin fast nur ein Kind ... und glaubte doch, ein Mann zu sein.“

Er warfte.

Da umging ihn der Direktor und ließ ihn auf den Stuhl gleiten. Er ergriff die Hand des Sträflings und küßte einen festen, ehrlichen Druck. Die Augen des Unglücklichen wollten ausdruckslos. Ein schmerzlicher Krampf ließ ihn die Hand auf die Brust pressen. Seine fleischlosen Finger verkraften das Gemd. Ein mattes Lächeln lag auf seinem Anlich und ließ die Zähne noch auffälliger schimmern.

„D. dieses menschliche Wort!“ rante er. „Hätten Sie es doch längst gesprochen! ... Doch ... jetzt geht es geht es mir gut ... ich gehe ... gehe morgen ... wieder zur Arbeit.“

Er drückte die Hand des Direktors ein wenig fester und ließ sie dann los. Die in das Gemd gekramten Finger streckten sich und die Hand sank herab. Der müde Kopf fiel zurück und ruhte auf der Lehne des Stuhles. Das Lächeln auf dem Marmorantlitz erstarrte. Es waren nur noch die gebrochenen Augen und schimmernden Zähne eines Toten, die empor zur Decke glänzten.

— Ende. —



wärts getan werden. Bei den Neuwahlen wurde zum Vorstand auf Wunsch des bisherigen langjährigen Vorsitzenden August Krauß Wilhelm Künzler gewählt. Als Kassier wurde an Stelle von Hermann Erich Christlieb Haag, als Bibliothekar David Haag gewählt. Hoffen wir, daß die neue Verwaltung mit Geduld und Umsicht die Geschäfte zu leiten versteht, daß sie neues Blut und neues Leben in die Bewegung hineinbringt zum Nutzen der Meinfeldbader wie der Gesamtpartei. Vom neuen Vorsitzenden wurde unserem Genossen August Krauß für seine langjährige treue und opferwillige Tätigkeit in Dienste der Partei unter dem Beifall der Versammlung der Dank ausgesprochen.

**Badach, 6. März, Samstag, 9. März, abends 9 Uhr,** findet im Gasthaus zur „Traube“ hier eine öffentliche Volksversammlung statt. Reichstagsabg. Fuchs-Strasbourg spricht über das Thema: „Die politische Lage im Reich“. Es sind zu dieser Versammlung alle freibeitlich gesinnten Männer freundlich eingeladen. Die Parteigenossen werden ersucht, für diese Versammlung kräftig zu agitieren.

**Zeuthen, 25. März, Samstag, 29. März, abends 9 Uhr,** findet im Gasthaus zur „Sonne“ eine Versammlung statt, veranstaltet vom Sozialdem. Verein Zeuthen. Gen. A. A. Biele, Buchdrucker aus Karlsruhe, wird über „Gewerkschaftliche und politische Organisation“ referieren. Wir laden hierzu unsere Mitglieder sowie Gewerkschaftsmitglieder und Volkseigenen mit der Bitte um zahlreichen Besuch freundlich ein.

**9. Kreisturntag des 10. Kreises.**

**Z. Im Lokal zur „Sinnerhalle“ in Freiburg** tagte über die Osterfeiertage der statutenmäßig alle 2 Jahre stattfindende Kreisturntag des 10. Kreises vom Arbeiterturnbund. Eröffnet wurde die Tagung am Ostermontag mittags 1 Uhr durch den Kreisvorsitzenden Niemann-Mannheim, der freundliche Begrüßungsworte an die Delegierten richtete. Am Vormittag hatte bereits eine Bezirksvertreterkonferenz getagt. Die Verhandlungen leitete der Kreisvorsitzende. In das Bureau wurden ferner berufen: Spathel-Freiburg als 2. Vorsitzender, Eisele-Karlsruhe und Zumbel-Freiburg als Schriftführer. In die Mandatsprüfungskommission wurden gewählt: Hölzle-Frozheim, Biegel-Mannheim und Wiggall-Franenthal. Nach Erledigung der sonstigen üblichen Formalitäten entbot Herr Niemann-Mannheim im Namen des 1. Bezirks und Zumbel-Freiburg im Namen der Freien Turnerschaft Freiburg dem Kreisturntag herzlichen Willkommengruß und wünschten den Verhandlungen guten Erfolg.

Den Geschäftsbericht, aus dem wir das wesentlichste bereits in einem Vorbericht mitgeteilt haben, erstattete Turngenosse Niemann. Aus seinen ergänzenden und erläuternden Ausführungen zum gedruckten Bericht seien hervorzuheben die Frage der Grenztreue mit dem 17. Kreis, jodann die ausführliche Behandlung der Stellungnahme der badischen Regierung dem Arbeiterturnbund gegenüber in der Frage eines Zuschusses für die Ausbildung von Turnwarten. Bekanntlich war diese Angelegenheit, bei der die badische Regierung in einem Nachtragsetat 1500 Mk. für die Ausbildung der Turnwarten badischer Turnvereine verlangte, wobei sie aber auf ein diesbezügliches Gesuch des Kreisvorsitzenden Niemann eine gleichmäßige Behandlung der Arbeiterturnvereine ablehnte, mitbestimmend bei der Ablehnung des Budgets durch die sozialdemokratische Landtagsfraktion. Die 1500 Mk. wurden dann, wie den Lesern ebenfalls noch erinnerlich sein wird, im weiteren Gefolge der Verhandlungen in der Budgetkommission sowohl als im Plenum von der Mehrheit gestrichen. Unterstaatsminister Dr. Böhm zog sich bei dieser Gelegenheit eine schwere Blamage zu, während sich der Streich für den, gegen welchen er geführt wurde, wieder einmal als ein Teil von jener geheimnisvollen Macht erwies, die das Böse will, aber das Gute schafft. Der Arbeiterturnbund hat durch diese musterländische Nadelstichpolitik seinen Schaden erlitten. Niemann gab eine ausführliche Darstellung über den Entwicklungsstand der Angelegenheit; das Borgehen der Kreisleitung ist als durchaus korrekt zu bezeichnen. Der Vorsitzende befaßte sich dann des weiteren u. a. noch mit der Frage des Abkommens auf die Arbeiter-Turnzeitung und das Mitteilungsblatt, ferner mit den Schülerabteilungen bzw. deren Versicherung gegen Unfall, ebenso mit der Feuerversicherung der Vereine und widmete schließlich einen längeren Teil seiner Ausführungen der Angelegenheit des früheren Kreisturnwarts Vogtländer.

Den Bericht des Kreisturnwarts erstattete Turngenosse Geißler, der von einer Bezirksvertreterkonferenz anstelle des zurückgetretenen Kreisturnwarts als solcher berufen wurde. Der Redner wirt in dem schriftlich vorgelegten und mündlich ergänzten Bericht einen kritischen Rückblick auf das Mannheimer Kreisturnfest im Jahre 1911 und das süddeutsche Wanderturnfest in Nürnberg im vorigen Sommer. Aus den dort zutage getretenen Mängeln gelte es, die nötigen Lehren zu ziehen für die Zukunft. Ueber den Kreisturnkursus in Karlsruhe, der ohne staatliche Subvention abgehalten wurde, konnte der Kreisturnwart nur Erfreuliches berichten. Der Ausbildung der Turnwarten sowie der Pflege der Spiele, Turnfahrten und sonstiger, den körperlichen Organismus günstig beeinflussenden Bewegungsformen widmete der Bund sowohl als auch der Kreis große Aufmerksamkeit.

Kreisassessor Brütel-Mannheim konnte in dem Kass-

bericht, von dem bei allen gewissenhaften Finanzmännern aufstrebenden kleineren chronischen Schmerzen, deren Beseitigung aber im Interesse einer gesunden Finanzgebarung wünschenswert ist, abgesehen, im großen und ganzen erfreuliche Mitteilungen über die finanzielle Lage des Kreises machen. Wenn die Ratschläge des Kreisassessors befolgt werden, dann wird sich sein Wunsch, eine völlige Uebereinstimmung der abgetheilten Beiträge mit den in den statistischen Fragebogen geführten Mitgliederzahlen herbeizuführen, bald verwirklichen lassen.

Für die Neuwahlen erstattete Turngenosse Marx-Meinheim Bericht; er konstatierte eine exakte Kassführung, die zu Beanstandungen keinerlei Anlaß bot und beantragte Entlastung.

Eine lange und lebhaft diskutierte, deren ruhiger und aller persönlichen Gefühligkeiten freie Verlauf die Auffassung reaktiert, daß auch auf dem sportlichen Gebiet die Selbstdisziplinierung und Selbstdisziplinierung der Arbeiterklasse rapide vorwärts schreitet, schloß sich an die verschiedenen Berichte an. All die vielen Hindernisse, welche die bürgerlich-kapitalistische Welt den Arbeiterorganisationen überall gleichmäßig in den Weg wälzt, wurden zur Sprache gebracht. Gar mancher Redner wußte sich aber auch mit kühnem Schwung über die täglich durch die kapitalistische Entwicklung herauszuforderten Widerwärtigkeiten totaler Natur hinwegzusetzen und verstand es, den Blick von höherer Ebene aus in die Zukunft zu schweifen zu lassen. So bot die Diskussion in ihrer Gesamtheit ein erfrischendes Bild kräftig pulsierenden Lebens innerhalb der Arbeiterturnbewegung. Schade, daß trotzdem noch so viele Klassen-Genossen der arbeitereindlichen deutschen Turnerschaft ihre Unterstützung angeheißeln lassen. Die Tätigkeit der Kreisleitung wurde durchweg anerkennend gewürdigt.

Ueber das Mitteilungsblatt berichtete Turngenosse Eisele-Karlsruhe, dem seit 8. Oktober 1911 Geschäftsführung und Redaktion des Mitteilungsblattes übertragen sind. Der Abonnentenstand hat sich gehoben, kann aber noch bedeutend besser werden. Auch in finanzieller Beziehung ist eine merkliche Vorwärtentwicklung zu konstatieren; das Infanterienwesen zeigt einen erfreulichen Aufschwung. Eine längere Debatte schloß sich auch an diesen Bericht an. Die Tätigkeit des Turngenossen Eisele wurde allgemein lobend anerkannt und ihm eine Entschädigung zugewilligt. Gewünscht wurde bei dieser Gelegenheit vom Berichterstatter sowohl als auch von anderen Rednern, daß die Vereine Druckkosten nur in den Druckereien der Arbeiterpresse anfertigen lassen.

Für die Mandatsprüfungskommission berichtete Johann Turngenosse Hölzle-Frozheim. Er stellte die Anwesenheit von 60 stimmberechtigten Delegierten fest. Den Bundesvorsitzend vertrat Bildung-Beipzig. Außerdem war ein Vertreter der Presse anwesend. Es folgten die Schlußworte der Berichterstatter und dann noch die Erledigung des Punktes 4: Unsere Aufgaben in Agitation und Organisation, sowie des 5. Punktes der Tagesordnung: Unser nächstes Kreisturnfest. Zu letztem Punkt hatte Straburg den Antrag gestellt, das Fest in Straburg abzuhalten. Der Kreisturntag beschloß, die Wahl des Festorts der Bezirksvertreterkonferenz zu überlassen. Die Verhandlungen wurden dann am Montag morgen 8 Uhr beendet. Zu Ehren der Delegierten fand am Sonntag abend im Feiertagsaal ein von der Freien Turnerschaft Freiburg arrangiertes, sehr wohl besuchtes Begrüßungsbankett statt.

**2. Verhandlungstag.** Der Vorsitzende Niemann machte zunächst auf dem 25. Mai d. J. in Mannheim zusammenzutretenden Wanderturntag aufmerksam und gab anschließend das Wahlergebnis der Delegiertenwahl bekannt. Es erfolgte dann die Abstimmung über die zu den bisher verhandelten Punkten vorliegenden Anträge. Sie hier im Wortlaut wiedergegeben, gestatten die Raumverhältnisse nicht. Soweit sie angenommen wurden, waren sie durchweg aus organisatorischen Zweckmäßigkeitsgründen gestellt. Die Anträge werden übrigens im Mitteilungsblatt veröffentlicht, worauf hingewiesen sei.

Turngenosse Bildung erhielt hierauf das Wort zu einem Vortrag über „Die deutsche Spiel- und Sportbewegung und die Stellung des Arbeiterturnbundes hierzu“. Der Vortrag des Referats ist in nachstehender, vom Kreisturntag ohne Debatte einstimmig angenommenen Resolution, die dem Wanderturntag vorgelegt werden soll, niedergelegt.

Zur Förderung der Spielbewegung sind in allen Kreisvereinen Spielzweige oder Spielmannschaften zu gründen. Alle Gruppen und Bezirke bilden für sich Spielverbände. In jedem Bezirk und jeder Gruppe ist ein Spielleiter zu wählen und bilden die Bezirksleiter mit dem zu wählenden Spielleiter den Spielausschuß des Kreises. Die Leitung der Spiele geht durch den Kreisturnauschuß und durch den Spielausschuß in Verbindung mit dem Spielausschuß. Aufgaben derselben sind: Abhaltung von Spielen, Heranbildung von Spielleitern, Abhaltung von gegenseitigen Spielen. Als solche gelten Fußball, Fußball, Handball, Schleuderball, Barlauf, Schlagball und Tamburball. Das Spielen erfolgt nach den im Spielbuch des Bundes niedergelegten Regeln. Alle unsere Turngenossen und Turngenossinnen sollen sich an den Spielen beteiligen, müssen aber soweit wie möglich am Turnen teilnehmen. Die Spiele werden zunächst in den einzelnen Gruppen und Bezirken durch Serienspiele ausgetragen. Auf einen Kreis- oder Bezirksfesttag erfolgt dann das Ausspielen der besten Bezirksmannschaften untereinander. Von den oben genannten Spielen hat jeder Kreisverein mindestens eins auszutragen. Jedem Kreisverein steht es frei, außer den Serienspielen, Privatspiele

mit beliebigen Kreisvereinen auszutragen. Ueber jeden Ausgang der Spiele ist dem Kreispielausschuß sogleich Mitteilung zu machen, und hat dieser die Resultate periodisch im Mitteilungsblatt unter der Rubrik „Sportseite“ zu veröffentlichen.

Erwähnt sei hier noch, daß Bildung in seinem Referat auf die Bedeutung der Arbeiterpresse im Kampf um die Jugend hinwies. Es sei unbedingt erforderlich, daß die Arbeiterpresse die Arbeiterpartei auf die kräftigste unterstütze.

Im weiteren Verlauf der Tagung berichtete Turngenosse Gänzel über den Stand des Damenturnens im Kreis. Der Bericht bot ein weniger erfreuliches Bild; es muß aber auf diesem Gebiet rastlos weitergearbeitet werden.

Die Wahl der Kreisleitung hatte folgendes Ergebnis: Kreisvorsitzender Niemann, Kassier Brütel, 1. Turnwart Geißler, 2. Gänzel. Die Wahl eines Spielleiters bleibt dem 2. und 4. Bezirk in Verbindung mit dem Kreispielausschuß vorbehalten. Mit der Geschäftsführung und Schriftleitung des Mitteilungsblattes wurde wiederum Turngenosse Eisele-Karlsruhe einstimmig betraut. Mit dem übrigen Veranlagungsstoff kam man rasch zu Ende. Als Ort des nächsten Kreisturntags wurde Speyer gewählt. Begrüßungstelegramme waren dem Kreisturntag zugegangen von Karlsruhe, freien Turnern aus dem Pfälzer Wald und der Freien Turnerschaft Ludwigshafen. Der Vorsitzende Niemann warf am Schluß der Tagung einen kurzen Rückblick auf die zweitägigen Verhandlungen, konstatierte den harmonischen Verlauf und feuerte zur regen Weiterarbeit für die freie Turnbewegung an. Die geistliche Mannheim dankte im Namen der Delegierten den Freiburger Turngenossen für die freundliche Aufnahme und sprach sich besonders anerkennend für die gute und preiswürdige Verpflegung und Einquartierung in der verschiedenen Gasthäusern aus. Um 1/2 Uhr wurde die Tagung geschlossen; der Klang aus in dem auskräftigen Turnerknallen: O Freiheit hoch in Ehren!

**Gewerkschaftliches.**

**Zentrums- und Arbeiterinteressen.** In Heildesfeld haben seit einigen Wochen die Arbeiter der Dampfzuckerfabrik Siegler im Streik. Von den Streikenden sind auch einige in christlichen Verband der Fabrik- und Hilfsarbeiter organisiert. Der Kampf wird den Arbeitern dadurch erleichtert, daß die Zentrums- und Arbeiterpresse, die in dem Gebiet mehr verbreitet ist, die Interessen der Fabrik, in denen unorganisierte Arbeiter gequält werden, aufnimmt. Die „Gewerkschaftsstimme“, das Verbandsorgan des christlichen Verbandes, notiert diese bedauerliche Tatsache (in Nr. 11 vom 19. März) mit folgenden Sätzen:

„Bei der Firma Siegler in Heildesfeld bei Würzburg haben die Kollegen im Kampf. Die Firma will keine organisierten Arbeiter beschäftigen und sucht Streikbrecher. Mehrere bürgerliche Zeitungen haben sich nicht getraut, diese Streikbrecher-Annonce aufzunehmen, obwohl darin stand, daß organisierte Arbeiter nicht aufgenommen werden.“

In dieser Notiz steht zunächst die Feststellung, daß es in erster Linie die Zentrums- und Arbeiterpresse ist, die sich nicht scheut, den Arbeitern den Kampf zu erleichtern. Weiter steht, und das ist ebenso interessant wie bezeichnend, jeder Hinweis auf die beschämende Tatsache, daß auch der Beobachter am Main, das ist dasselbe Zentrumsblatt, in dessen Druckerei die „Gewerkschaftsstimme“ hergestellt wird, das Infanterie der Firma Siegler aufgenommen hat. Das ist wirklich eine energiegelbe Vertretung der Arbeiterinteressen! Dabei ist der Vorsitzende des Verbandes, Herr Tremmel, jahrelang Vorsitzender des Zentrumsvereins gewesen; er hat also in doppelter Eigenschaft einen erheblichen Einfluß auf den Beobachter. Um trotzdem solche Injustiz! Die „Gewerkschaftsstimme“, die sonst in spaltenlangen Artikeln jede Lüge über die sozialdemokratische Presse beibringt, hat für diese Vorgänge im eigenen Heim nicht einmal die leiseste Mühe. Sonderbar, höchst sonderbar!

Zur **Textilarbeiter-Auspehrung am Neckarheim**. Di. Adm. Volkszeitung läßt in einem Kreisler-Bericht den Bericht über den Weg. Schiffer, Vorsitzender des christlichen Textilarbeiterverbandes, sagen, daß in Heildesfeld Textilarbeiter für Arbeitslosigkeit sind. Das ist nicht der Fall. Es dürfte den Christlichen sehr schwer sein, den Wahrheitsbeweis für diese Behauptung zu führen. Im Heildesfeld arbeiten einige Firmen fortwährend für Arbeitslosigkeit. Da kann aber von Streikarbeit keine Rede sein. Die Verdächtigung Schiffers soll nur den eigenen Unfahl der Christlichen beweisen. Bekanntlich haben die Christlichen beschlossen (auf Anweisung des Adm.), den Streik aufzuheben.

**Zu dem christlichen Boykott in Revelar** wird uns noch geschrieben: Die Vermutung, daß ein Wink von oben den christlichen Organisationsverband zur Aufhebung des Boykotts und zum Abschreiben an die Buchhändler veranlaßt haben soll, erscheint bestätigt. Den christlichen Gewerkschaftsorganen soll von bischöflicher Seite ein Verbot der Publikation des Boykottbeschlusses zugeandt worden sein, mit dem Hinweis, daß der wirtschaftliche Terror vor den Gebet- und Erbauungsbüchern Halt zu machen habe. Die Bischöfe haben also dem empfindenen, was die Revelar-Unternehmer in der „Arbeiter-Zeitung“ von den christlichen Gewerkschaften als unerlässliche Bedingung von den christlichen Gewerkschaften als unerlässliche Bedingung verlangt hatten. Nicht das Arbeiterinteresse erforderte also die Aufhebung des Boykotts und die Wiederherstellung des — übrigens niemals bestandenen — guten Rufes der Revelar-Buchbinderei-Erzeugnisse, sondern das Unternehmerinteresse. Und der bischöfliche Befehl, der diesem Unternehmerinteresse ohne Rücksicht auf die Arbeiter der Revelar-Gewerkschaften die Aufhebung des sehr ausdauernden Streiks und die christlichen Gewerkschaften und die ihnen verbundenen katholischen Arbeitervereine zur Aufhebung des sehr wirksamen Boykotts.

**Kommunalpolitik.**

**r. Graben, 26. März.** Nahezu ein halbes Jahr ist verfloßen, seitdem die letzte Bürgerauschuhung stattgefunden hat. Von liberaler Seite wurde seinerzeit im Bürgerauschuhung der Wunsch geäußert, es sollten öfters wieder Bürgerauschuhungen stattfinden. Wir Sozialdemokraten können uns diesem Wunsche nur voll und ganz anschließen, denn es ist nur zu berechtigt, wenn verlangt wird, dem Bürgerauschuhung öfters Gelegenheit zu geben, Wünsche und Meinungen der Wähler dem Gemeinderat bzw. dem Bürgermeister vorzutragen zu können. Auf dem Bürgermeisterrat scheint man jedoch gegenwärtig keine Meinung zu sein, da will man so wenig wie möglich Bürgerauschuhungen stattfinden lassen. Die sozialdemokratische Bürgerauschuhungsfaktion erlaubt sich daher nun die bescheidene Anfrage: Wann wird die schon seit Jahren vergeblich, am Fastnachtdienstag und der berühmten Waldbegehung des Bürgerauschuhung und Gemeinderats, vom Herrn Bürgermeister auf die „nächste“ Woche verprodene Bürgerauschuhung endlich stattfinden? Ziehe sechs Wochen sind seitdem wieder verfloßen und die verprodene Einladung zur Sitzung läßt immer noch auf sich warten. Wir sind bei solcher Verzögerungspolitik der unmaßgeblichen Meinung, daß man nicht absieht die Sitzung so lange als nur möglich hinauschieben, in der Hoffnung, vieles werde unterdessen in Vergeßlichkeit geraten sein. Diese Hoffnung wird sich aber als trügerisch erweisen.

Von der Freiburger Straßenbahn. Die Stadt. Straßenbahn hat ihren Bericht für das Jahr 1912 herausgegeben. Darin

**Eingegangene Bücher und Zeitschriften.**

(Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.)  
 Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 25. Heft des 31. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Sieg der Reaktion in Ungarn. Von Eugen Barga (Budapest). — Die Rechenfehler in der Witwen- und Waisenversicherung. Von Hermann Mollenhuth. — Nochmals die innere Kolonisation. Von Karl Marchionini. — Der Rheinisch-Bau und die Lebenshaltung der deutschen und holländischen Werftarbeiter. Von Albert Wilhelm. — Literarische Mundschau: Zusammenstellung der Entschädigungssätze, welche das Reichsversicherungsamt bei dauernden Unfallschäden gewährt hat. Von Gustav Koch. — Zeitschriftenchau. Von E. G.  
 Zeitschriften der Neuen Zeit Nr. 61: Friedrich Hebel. Von Fr. Wehring. Geheimnisse des Kleinsten. Von Adolf Kreis. — Bücherschau: J. J. Rousseaus Bekennnisse. Diebnecht's Fremdwörterbuch. — Dose Mütter: Ein Brief Kreisleses. Aus Hebbels Tagebüchern. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3.25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfg. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.  
 Vom „Wahren Jakob“ ist soeben die 7. Nummer des 30. Jahrgangs, 16 Seiten stark, erschienen. Der Preis ist 10 Pfg. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. G. W. Dießbach, G. m. b. H. in Stuttgart, sowie vor allen Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.  
 Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist soeben Nr. 13 des 23. Jahrgangs ausgegangen. — Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfg. Durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pfg., unter Kreuzband 85 Pfg. Jahresabonnement 2,00 Mk.

„Die Zeiten sind heute fast ebenso ernst wie damals.“ Unser Kaiser hat es gesagt. „1813 war ein Opferjahr, 1913 soll auch ein Opferjahr sein!“ In diesem Kaiserwort soll uns keiner rütteln. Darum fort mit der immer wachsenden Genußsucht! Fort mit dem Taumel von einem Fest zum andern!

In der Tat: Festtaumel und Genußsucht — aber wo?!

No. 71. ... werden ... halbe ... Jahre 1 ... Ge ... Zeit ... mach ... einer ... hand ... geiden ... nicht ... die ... konsum ... werden ... nicht ... den ... das ... seg ... hien ... hien ... Plan ... demokr ... Subjekt ... de ... den ... was ...



wurden insgesamt 7 264 961 Personen befördert, ungefähr eine halbe Million mehr, als im Jahre 1911. Die Gesamteinnahmen der Bahn betragen 700 000 Mk., gegen rund 664 000 Mk. im Jahre 1911.

### Genossenschaftsbewegung.

g. Willstät, 24. März. In dieser Gemeinde herrscht zur Zeit reges genossenschaftliches Leben. Einige hiesige Genossen machen schon längere Zeit tüchtig Propaganda für Gründung einer Filiale des Straßburger Konsumvereins. Diese Bemühungen haben nun ein befriedigendes Resultat gebracht, indem schon etwa 100 eingetragene Mitglieder zu verzeichnen sind. Die Waren, welche dieselben aus der Filiale beziehen, sind besserer Qualität und billiger. Je mehr nun die hiesigen Mitglieder sich bestreuen, ihre Waren vom Konsumverein Straßburg zu beziehen, die ihnen von einem hiesigen Mitglied kostenlos herbeigetragen werden, desto eher wird hier eine Verkaufsstelle errichtet. Es fehlt natürlich auch nicht an Gegnern, welche die gemeinnützigen Bestrebungen mit den bekannten Mitteln der Verleumdung entgegenarbeiten. Hat doch sogar ein gewisser Herr dem Birt Vorwürfe gemacht, daß er den Sozialdemokraten das Lokal überließ zu einer diebezüglichen Versammlung. Als ob es nicht Sache eines jeden Bürgers wäre, solche gemeinnützigen Einrichtungen zu erstreben. Man sieht auch hier wieder, mögen die Anhänger der Sozialdemokratie noch so vernünftige wollen, es gibt immer wieder Gegenseite, die in ihrer Borniertheit und Geistesarmut versuchen, die sich denkende Leute herunterzureißen, nur weil es Sozialdemokraten sind. Dem Sozialdemokraten möchten wir aber den Rat erteilen, uns in Ruhe zu lassen, ansonst wird ihm etwas anderes vorsetzen.

### Aus dem Lande.

**Durlach.** — Das neu zu erbauende Schulhaus in der Weistadt wurde in der letzten Gemeindeversammlung dem Träger des dritten Preises, Herrn Architekt Sadberger hier, in der Weise übertragen, daß sein preisgekrönter Entwurf als Grundlage für den Bau angeheben und ihm nach entsprechender notwendigen Änderungen des Entwurfs die Oberaufsicht übertragen wird.

**Bruchsal.** — Vorkonferenzberatung. Am Mittwoch nachmittags 3 Uhr begann die Vorkonferenzberatung und wird voraussichtlich zwei Nachmittage in Anspruch nehmen. Heute nachmittags 3 Uhr ist Fortsetzung. Der gestrige nachmittags wurde von der Generaldebatte in Anspruch genommen. Das Zentrum hatte sich im Fall Bremelspacher eine moralische Ohrfeige geholt wie nie zuvor.

**Baden-Baden.** — Die Aufnahme in die städtische Volksschule findet am Dienstag, 1. April, statt und zwar: Für die Knaben der Altstadt im Schulhaus Vincenzstraße von 8 bis 10 Uhr vormittags, für die Mädchen der Altstadt im Schulhaus Jägerstraße von 8 bis 10 Uhr vormittags, für Knaben und Mädchen der Weistadt im Schulhaus der Weistadt von 8 bis 10 Uhr vormittags, für Knaben im Stadteil Dientental nachmittags 1 Uhr, für Mädchen im Stadteil Dientental im Schulhaus Hauptstr. 40 nachmittags 1 Uhr, für Knaben und Mädchen im Stadteil Geroldsau im Schulhaus daselbst nachmittags 1 Uhr. Für die jüngeren Kinder, welche schmächtig oder in der Entwicklung zurückgeblieben, kann hinsichtlich des Anfangstermins der Schulpflicht bis zwei Jahre Nachsicht geübt werden.

**Saldatenheim.** Ein hier auf Urlaub befindlicher Mann rief sich vom Infanterieregiment Nr. 170 hat sich aus unbekannter Ursache erschossen.

**Das neue Militärstützpunkt.** Wie verlautet, wird das neue Militärstützpunkt „3. 4“, welches gestern von Friedrichshafen aus erfolgreiche Höfenfahrten und interessante Landungsmanöver vorgenommen hat, schon heute in die Luftschiffhalle Cos überführt werden, wo es längere Zeit stationiert bleiben soll.

**Wöhnerinnenahl.** Am 1. April wird das von dem Ehrenbürger der Stadt Privatier H. Seiden gestiftete neue Wöhnerinnenahl „Elisabethenheim“ eröffnet werden. Der erste in dem neuen Afl geborene Knabe erhält von dem Stifter ein Geschenk von 500 Mk.

**Offenburg.** 1. Eine Bürgerauskunftung mit acht Tagesordnungsgegenständen findet am Dienstag, 1. April, nachmittags 4 Uhr, statt. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung betrifft die Verpflegung der Gemeinde Zunsweier mit Strom aus dem Elektrizitätswerk der Stadt Offenburg.

**Mannheim, 26. März.** Vor einem hiesigen Kleidergeschäft gab es gestern nachmittags einen großen Aufruhr, der dadurch hervorgerufen war, daß der Besitzer des Geschäftes sich weigerte, einem Kunden einen im Schaufenster ausgestellten und mit 850 Mk. ausgezeichneten Anzug dort herauszunehmen. Das Publikum nahm für den Käufer Partei, wobei es zu heftigen Aufrufen kam, daß die Polizei einschreiten müßte.

**Offenburg, 26. März.** Vor acht Jahre alte Volksschüler Friedrich Schenkel von Sandhofen beim Spielen am Ufer des Hochwassers an der Sandhofenerstraße die Bückung hinunter in das Wasser und ertrank. Die Leiche konnte nach zweistündigem Suchen gelandet und nach dem Friedhof in Häfenthal bebracht werden.

**Offenburg, 26. März.** Wie seimezeit gemeldet wurde, fand vor einigen Wochen ein Arbeiter auf der Straße eine Kofferbox mit 1400 Mk., die er alsbald an den Eigentümer ablieferte. Der Verkäufer scheint die Eigenschaft der Freigebigkeit, die in einem solchen Falle dem Finder gegenüber bis zu einem gewissen Grade genügt angebracht wäre, nicht zu kennen, denn er stritt sich mit dem ehelichen Manne wegen des Finderlohns herum und ließ sich schließlich dazu herbei, ihm in den letzten Tagen den gesetzlichen Finderlohn von 26 Mk. auszugeben.

**Lauda, 26. März.** Die Angehörigen des Mühlenbesizers Liezau fanden am Ostermontag am Rieden der Mühle in Laubersbühlhofheim die Leiche eines älteren Mannes. Der Tote wurde als ein 68 Jahre alter Landwirt aus Oberlauda festgestellt. Allem Anschein nach handelt es sich um einen Selbstmord, der auf Krankheit zurückzuführen ist.

**Bernau, 26. März.** Ein hier wohnender 75 Jahre alter Landwirt verübte dadurch Selbstmord, daß er sich die

Bulsadern durchschnitt. Lebensüberdruß scheint das Motiv der Tat zu sein.

**Oberweiler, 26. März.** Das drei Jahre alte Mädchen des Landwirts A. Jich stürzte die hohe Böschung des Mühlkanals hinunter. Durch den Fall zog sich das Kind eine derart schwere Kopfverletzung zu, daß es auf der Stelle tot blieb. Aus Willstät (Amt Rehl), schreibt man uns: Ein aufsehenerregender Maueranschlag am Gründonnerstag macht zurzeit viel von sich reden. Es werden in demselben gegen hiesige Bürger, die fast durchweg in öffentlichen Vertrauens- und Verwaltungstellen sich befinden, Vorwürfe erhoben, zum Teil auf Mord, Meuchelmord, Betrug und Unterschlagung, und zwar mit voller Namensunterzeichnung und Forderung auf Satisfaktion. Diese Anschuldigungen sind so ungeheuerlich und für die betreffenden Personen so compromittierend, daß die Staatsanwaltschaft im öffentlichen Interesse die Angelegenheit verfolgen und klariertell sollte, umsonst, als der Unterzeichner, dessen Aufenthalt bekannt ist, in geachteter Stellung sich befindet. Es wäre in erster Linie unbedingt festzustellen, ob der Unterzeichner sich identisch mit der Unterschrift erklärt oder ob dieselbe gefälscht ist, das weitere wird sich dann finden. Es ist dies schon deshalb notwendig, weil ein hiesiger Patentbesitzer bemerkt: „Das haben die Sozialdemokraten gemacht!“ Wenn der betreffende fromme Bruder das Lügen und Verleumben in der Kirche lernt, dann soll er drauhen bleiben.

**Yahr, 26. März.** Der 76 (!) Jahre alte Biegler Jakob Zahner hatte nach längerer Krankheit gestern die Arbeit in der Biegeliege wieder aufgenommen. An seinem Arbeitsplatz brach er plötzlich tot zu sammen; eine Herzschwäche hatte seinem Leben ein Ende gemacht.

**Schuttertal, 26. März.** Das drei Jahre alte Töchterchen der Familie des Landwirts Meier fiel in einen mit heißem Wasser gefüllten Kübel. Das Kind zog sich dadurch solche Brandwunden zu, daß es bald darauf starb.

**Breisach, 26. März.** Wie man hört, ist beabsichtigt, eine Garnisonsänderung hier einzutreten zu lassen. Die hier stehende Abteilung des Fußartillerieregiments Nr. 13 soll auf 1. Oktober verlegt und durch eine Abteilung des Fußartillerieregiments Nr. 14 ersetzt werden.

### Aus der Stadt.

Karlsruhe, 27. März.

#### Hilfe!

So ertönt der Notruf der Herren Malermeister, die in Deutschland aus purem Übermut die Gehilfen ausgesperrt haben. Insbesondere den Arbeitgebern des übrigen Baugewerbes soll dieser Ruf nach Hilfe gelten. Wie aus folgendem Zirkular, das die Vereinigung des Karlsruher Bauhandwerkes an die Mitglieder verfaßt hat, ersichtlich, haben die Malermeister nicht umsonst den Hilferuf ertönen lassen. Das Zirkular lautet:

Karlsruhe, den 14. März 1913.

Geehrter Herr Kollege! Das Malergewerbe befindet sich in einem Lohnkampf und hat um Unterstützung bei uns nachgeholt. Es ist deshalb unsere Pflicht, die Malermeister durch zu unterstützen, daß sämtliche Kollegen mit der Feststellung von Malerarbeiten nicht drängen und hauptsächlich in ihren Bauten, wo unorganisierte Gehilfen noch arbeiten, denselben Schutz zu gewähren, daß diese von den organisierten ausgesperrten Gehilfen nicht belästigt werden. Ferner wird gebeten, keine organisierten ausgesperrten Gehilfen auf eigene Rechnung einzustellen. Wir richten die dringende Bitte an Sie, obigen Wünschen der Malermeister zu entsprechen, um dem Malergewerbe zum Sieg zu verhelfen, denn mit der Niederlage der Malergehilfen in ganz Deutschland dürfte dem bevorstehenden Lohnkampf der Maurer oder der eventl. sonst in Betracht kommenden Gewerbe die Spitze schon etwas gebrochen sein.

Die Vereinigung des Karlsruher Bauhandwerkes.

(ges.) Karl Veller.

Es muß anerkannt werden, daß die Bauhandwerker durch dieses Zirkular den Malermeistern ihre Solidarität bekundet haben. Ob es aber die gewünschte Wirkung hat, steht auf einem andern Blatt. So viel steht heute schon fest, daß so mancher Malermeister im stillen Kämmerlein über die Patzche, in die er durch die Aussperrung hineingeraten ist, nachdenkt, und daß mancher dieser Herren nach den jetzigen Erfahrungen nicht wieder aussperrt würde. Daß selbstverständlich die übrigen Herren des Bauhandwerkes ein großes Interesse an der Niederlage der Malergehilfen hätten, darüber besteht kein Zweifel; deshalb auch obiges Rundschreiben. So wie die Dinge aber heute liegen, ist gerade die Aussperrung im Malergewerbe am allerwichtigsten geeignet, dem Lohnkampf der übrigen Gewerbe die Spitze abzubrechen, zumal es doch den Anschein hat, als wenn die Arbeitgeber des gesamten Baugewerbes im gleichen Fahrwasser schwimmen als die Malermeister, die jetzt so kläglich nach Hilfe schreien.

#### Sinfoniekonzert der Leibgrenadierkapelle in der Festhalle.

Wie bereits bekanntgegeben, wird das letzte (6.) Sinfoniekonzert der Leibgrenadierkapelle in der diesjährigen Konzertzeit Mittwoch, 16. April, abends 8 1/2 Uhr, im großen Festhallaesaal stattfinden. Herr Musikmeister Verhagen hat auch diesmal mit glücklicher Hand ein für den Abend sehr geeignetes Programm zusammengestellt. Es ist ein „Beethoven-Grieg-Abend“ vorgesehen, der eine Reihe musikalischer Genüsse verspricht. Aus dem Programm heben wir hervor die Leonore-Duverture und die Sinfonie Nr. 2 (D-Dur) von Beethoven, sowie sämtliche Musik zu „Peer Gynt“ von Grieg. — Eintrittskarten zu 80 und 40 Pf. sind vom 13. April an im Vorverkauf bei den Musikalienhandlungen Fritz Müller, Kaiserpostgasse 2, Ecke Kaiser- und Waldstraße, und Franz Tafel, Kaiserstraße 82a, sowie im Prosk des Verkehrsvereins beim Hotel Germania zu haben.

#### Die Haftung des Vadebesizers für Unglücksfälle in der Anstalt.

Eine Entscheidung, die infolge des tödlichen Unglücksfalles, der sich kürzlich im städtischen Bierordbad hier zutrug, erhobtes Interesse beanspruchen kann, fällt heute das Reichsgericht. Lieber den Fall wird folgendes berichtet: Das Landgericht Meck verurteilte am 5. Nov. 1912 den Brauereidirektor Franz Wehler wegen fahrlässiger Tötung zu einer Woche Gefängnis. Der Sachverhalt war folgender: Am 7. Juni 1912 ist in der Badeanstalt des Kristallpalastes in Meck der Gerichtsaktuar R. Reinide aus Kemthil ertrunken. Das Unternehmen zusammen mit der Badeanstalt war im Februar 1912 an die Brauerei S. abgedemiet worden. Wehler hatte für die Wärmereibung des Badebetriebes den bisherigen Bademeister A. übernommen

und außerdem noch einen Gehilfen angestellt. Dem Bademeister waren die beiden Abteilungen der Badeanstalt, Schwimmbassin und Dampf- und Warmwasserbäder, unterstellt, außerdem war er noch als Masseur tätig. Der Gehilfe hatte die Herrichtung der Bäder und die Ausgabe der Badescheine zu beorgen. Der Brauereidirektor hatte den beiden Angestellten keine besonderen Anweisungen erteilt, auch nicht für die Aufsicht in dem Schwimmbassin. In diesem war durch ein Seil der Raum für Nichtschwimmer abgeteilt. Zur Zeit, als der Gerichtsaktuar R. badete, waren nur noch zwei weitere Personen als Badegäste in der Anstalt anwesend, nämlich ein Offizier, der ein Dampfbad nahm, und der Zeuge R. Als dieser nach einer zehn Minuten langen Abwesenheit in Schwimmraum zurückkehrte, fand er niemanden vor. Ein späterer Badegast bemerkte während eines Gesprächs über die Tiefe des Wassers einen menschlichen Körper am Boden des Bassins. Der Tod des Gerichtsaktuars R. war, wie durch einen Arzt festgestellt wurde, nicht durch Lungen- oder Herzschlag, sondern durch Ertrinken eingetreten. Die Anklage legte dem Brauereidirektor R. zur Last, den Tod des R. fahrlässig verursacht zu haben. Es sei seine Pflicht gewesen, dem Bademeister und dem Gehilfen ausreichende Verhaltensregeln zu geben. Wenn es sich auch um keinen großen Betrieb gehandelt habe, seien zwei Personen nicht ausreichend gewesen, zumal der Bademeister noch als Masseur angestellt war. Der Angeklagte habe strenge Anweisungen geben müssen, daß stets eine Aufsichtsperson im Schwimmraum anwesend war, und eventuell weiteres Dienstpersonal im Schwimmraum stellen müssen. Der Angeklagte habe die pflichtgemäße Sorgfalt außer Acht gelassen und somit fahrlässig den Tod des R. verursacht.

Wehler legte gegen seine Verurteilung Revision beim Reichsgericht ein und machte neben mehreren prozessualen Rügen geltend, daß von der Strafkammer der Begriff der Fahrlässigkeit überspannt sei. Für eine besondere Fahrlässigkeit fehle es an einer genügenden Begründung im Urteil. Das Reichsgericht erachtete die prozessualen Beschwerden nicht als durchgreifend, hielt aber die materiell rechtliche Rüge für begründet. In Übereinstimmung mit dem Antrag des Rechtsanwalts hob es das Urteil nebst den ihm zugrunde liegenden Feststellungen auf und verwies die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht Saargemünd. Zur Begründung wurde ausgeführt, daß das Urteil den Begriff Fahrlässigkeit zu weit ausgebeugt habe und auch sonst noch bedenkliche Ausführungen enthalte. Auf die Frage der Voraussetzbarkeit des eingetretenen Falles sei überhaupt nicht näher eingegangen.

#### Was jeder Arbeiter und Angestellte wissen soll.

Unter dieser Überschrift erschien in der Samstagsnummer des „Volksfreund“ eine Notiz, die nicht in allen Punkten richtig ist. Es mutet schon eigentümlich an, wenn auf die Bestimmung des § 130 Abs. 2 des Invalidenversicherungsgesetzes hingewiesen wird, nachdem doch das 4. Buch der Reichsversicherungsordnung seit 1. Januar 1912 in Kraft getreten ist. Dort ist ja wohl analog der Bestimmung in § 130 Abs. 2 des Invalidenversicherungsgesetzes — und zwar in § 1425 der Reichsversicherungsordnung gesagt: „Niemand darf eine Quittungsurkunde wider den Willen des Inhabers zurückbehalten.“ Aber dann heißt es im selben Absatz deselben § 1425 auch weiter: „Dies gilt nicht für die zuständigen Stellen, wenn sie die Karten zum Zwecke des Umlaufs, der Berichtigung, Aufrechnung, Uebertragung, Verlagsüberwachung oder beim Einzugsverfahren zurückbehalten.“ Nun ist bei uns in Baden durch die Vollzugsverordnung des Ministeriums des Innern vom 10. Februar 1912 die Einziehung der Beiträge zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung des Orts- und Innungsstranenfassen bzw. Betriebsstranenfassen übertragen, die Stranenfassen sind Einzugsstellen. Der § 14 der badischen Vollzugsverordnung aber bestimmt: Die Verbleibenden sind verpflichtet, solange die Beiträge von den Stranenfassen oder anderen Stellen für sie eingezogen werden, die Quittungsurkunden bei den Einzugsstellen zu hinterlegen. Sie können hierzu von dem Versicherungsamt durch Geldstrafen bis zu 10 Mk. angehalten werden. Die Einzugsstellen haben die Karten sicher und in guter Ordnung aufzubewahren.“ Bei uns in Baden muß also der Verbleibende seine Karte abgeben, sie wird bei der Stranenfasse, deren Mitglied er auf Grund seiner Beschäftigung ist, während der Dauer des Beschäftigungsverhältnisses hinterlegt und aufbewahrt.

Ein Fiasko der gelben Bäckergerde in Karlsruhe. Am Ostermontag wollte der „meistertreue“ Bund der Bäcker und Konditorgehilfen hier seine Fahnenweihe abhalten, erlebte aber ein glänzendes Fiasko. Aus der geplanten Demonstration für die gelbe Sache wurde nichts, es gelang den gelben Meisterstreuen nur die Beweisführung, daß ihre ganze Veranstaltung eine solche von Gnaden des Geldbeutel der Bäckermeister war. Als die auf 3 Uhr geplante Aufstellung des Festzugs mit einer Stunde Verspätung endlich erfolgte, da die Arrangements wohl einsehen; daß weiteres Warten zwecklos ist, zeigte sich, daß trotz aller Plakate bei der Gehilfenschaft in Karlsruhe für diese Sache kein geeigneter Boden vorhanden ist. Da die verschiedenen hiesigen Vergnügungsvereine wie „Bäcker-Gehilfenverein“, „Eintracht“ usw. vernünftiger und ehrlicher Weise es weit vor sich wiesen, mit den Gelben gemeinsame Sache zu machen, kamen die Teilnehmer aus Karlsruhe selbst über ein gutes Bäckerduken nicht hinaus, Außer einigen wenigen gelben Innungsplänchen aus Heidelberg, Ludwigshafen, Speyer und Birmans war es lediglich der Gehilfenverein von Straßburg, der aber nur durch die verkaufte und gehaltene Form der Einladung sich zur Teilnahme hatte verleiten lassen.

Selbst der Obermeister W. i. e. l. s. e. r., in dessen Händen sich die Fahne befand, scheint bei der Abholung derselben, nach seinem melancholischen Gesichte zu schließen, beim Anblick der paar Männchen, deren Mehrzahl den Eindruck unerfahrener Kinder machte, zu der Ueberzeugung gekommen sein, „da gibt die Innung ihr Geld umsonst aus“. Als er aber dann sah, wie die Ketter des Handwerks ihn anwinkelten, da freute er mitleidigen Herzens mit seinen Familienmitgliedern Weib und Kind in Gestalt von Blumensträußen. Gleich seinen übrigen Kollegen hüllte sich aber auch der Herr Obermeister wohlweislich, selbst am Festzuge teilzunehmen. Es scheint fast, als wenn die Herren Fünftler sich scheuten, öffentlich ihre Gemeinschaft mit den Gelblingen zu zeigen. Nur um des heiligen Profits willen, unterstützt man ja die Herrchen, vor denen man in Wirklichkeit ob ihrer Selbstentmannung nicht allzu viel Respekt hat. Dem jogen. Festzuge selbst, der durch vorausfahrende Radfahrer schon anzufangen schien, wurde durch die Mitführung der verschiedensten Wädelreutensilien das bekannte saftmachartige Gepräge verliehen. Auch verschiedene Hörner wurden im Zuge mitgeführt, nur schienen dieselben an der verkehrten Stelle getragen zu werden. Das zuzuhauende Publikum, Neugierige und zufällige Straßenpassanten, welche durch den Kadav der Musik angelockt wurden, hatte für die ganze Komödie nur ein mitleidiges Lächeln übrig, selbst ein gelegentliches „Fu!“



schämt euch! war zu hören. Unter dem Galloß der Nachlaufenden zogen die gelben Staatsstüben von ihrem Lokal 'Balmengarten' ins Café Nowack, wo die Feier in den Herren würdiger Weise weitergeführt wurde. Das Ende: Vaterstimmung, Vethargie, Stumpfsinn!

**Konkurs.** Wie bekannt wird, ist über das Vermögen der altrenommierten Möbelfabrik F. L. Diefelhorst der in eingeweihten Kreisen längst befürchtete Konkurs eröffnet worden.

**Eine gefährliche Situation.** Am 24. d. M. wäre es beinahe wieder zu einem Zusammenstoß eines Automobils mit einem Zuge der Albtalbahn gekommen, und zwar an der Stelle, wo die Bahnlinie die Querstraße in Müppur kreuzt. Der Führer des Automobils, das die Querstraße entlang nach der Gartenstadt fuhr, hat den kurz vor 1 Uhr dort vorbeifahrenden Zug offenbar erst bemerkt, als dieser schon die Querstraße kreuzte. Glücklicherweise hatte der Führer aber noch die Geistesgegenwart, sein mit mehreren Personen besetztes Auto abseits zu lenken, wodurch ein Unglück verhütet wurde. Die Situation war so kritisch, daß das Auto nur handbreit vom Zug entfernt zum Stehen kam. Der Vorfall hat eine größere Menschenansammlung veranlaßt. Der Kraftwagenführer wird sich wegen Gefährdung eines Eisenbahntransports zu verantworten haben.

**Bei der städt. Sparkasse betrug im Monat Februar die Zahl der Einlagen 8116 (1912: 7888) mit einem Gesamtbetrag von 1 181 887 M. (999 214 M.). Davon entfallen 229 187 M. (218 260 M.) auf 690 (708) Neueinlagen. Abhebungen fanden 8891 (4094) statt im Betrage von 710 306 M. (764 983 M.). — Von Januar bis einschließlich Februar sind mehr ein- als ausbezahlt 1 085 244 M. (Januar-Februar 1912: 634 716 M.).**

**Zimmerbrand.** Am 25. d. M., morgens 5 1/2 Uhr, ist in einem Zimmer der städt. Schule in Mühlburg durch einen undichten Gasföhrer beim Aufwärmen von Bodenöl ein Zimmerbrand entbrannt, wobei ein Schrank, ein Tisch und die Wandverkleidung verbrannt. Beim Löschen hat sich der Schuldner im Gesicht und an der linken Hand erhebliche Brandwunden zugezogen.

**Vergnügungen und Unterhaltungen.**

**Königsplatztheater.** Man schreibt uns: Das neue Programm wird ausgezeichnet durch den historisch-vaterländischen Film 'Von der Königin Luise' und zwar folgt jetzt die zweite Abtheilung unter dem Titel 'Aus Preußens schwerer Zeit' mit Fel. Hanna Krümmel vom Kgl. Schauspielhaus in Berlin in der Hauptrolle. Die zweite Serie bringt die Ereignisse des Jahres 1806 bis zum 8. Februar 1907. Von den weiteren Vorführungen sind noch hervorzuheben das prachtvolle kolorierte Drama 'Boza' und das zweifelhafte Schauspiel 'Der Talisman des Kindes'.

**Kolosseum.** 'Lachen!' heißt im kommenden Monat die Devise, denn ein lustiges Völklein hält am Dienstag, 1. April, seinen Einzug in das Kolosseum: 'Jobs lustige Bühne', das altrenommierte Kölner Volkstheater. Dieses Ensemble, das sich durch seine fast alle Großstädte des deutschen Reiches berührenden Gastspielreisen, bei denen es den rheinischen Humor bis in die äußersten Ecken unseres Vaterlandes getragen hat, einen ganz außerordentlichen Ruf erworben hat, besteht bereits über 15 Jahre und ist somit eine der ältesten rheinischen Volkstheater. Es vereinigt in sich nur die besten und bestechendsten Kölner Künstler und ist nicht mit den kleinen rheinischen Ensembles zu verwechseln. 'Jobs lustige Bühne' pflegt vor allem den Schwank in Kölner Manier. Ihre Darbietungen atmen durchweg den denkbaren sonnigen, urwüchsigsten Humor, auf dem wohl neben den vorzüglichen Leistungen der einzelnen Darsteller in erster Linie die überall errungenen großen Erfolge beruhen.

**Neues vom Tage.**

**Schwerer Unglücksfall.**

**Dortmund, 26. März.** Gestern nachmittags ereignete sich auf dem Eisenwerk Union beim Heben von Eisenerz mittels elektrischer Krabben ein schwerer Unfall. Es lösten sich plötzlich drei Wulden mit Erz und trafen drei darunter stehende Arbeiter. Einer war sofort tot, einer starb bald darauf und der dritte liegt schwer verletzt im Krankenhaus.

**Wieder eine Hand abgehauen.**

**Neuß, 26. März.** Gestern abend bedrohten drei betrunkene Arbeiter einen Polizeibeamten, der sie zur Ruhe aufforderte, mit Messer und Revolver, worauf dieser seinen Säbel zog und einem der Angreifer die Hand abhieb.

**Die Ueberschwemmungen in Nordamerika.**

**Neu York, 26. März.** Die Nachrichten von der Sturm- und Flutkatastrophe in Ohio berichten schreckliche Einzelheiten. Da der Regen anhält, verschlimmert sich die Lage stündlich. Der Bürgermeister von Dayton teilt mit, daß in der Stadt 5000 Menschen umgekommen sind und daß die Katastrophe im ganzen Staate bisher 7000 Opfer gefordert hat. Ueber eine halbe Million Menschen sind obdachlos. Der Gouverneur von Columbus richtete einen Appell an die gesamte Welt, in welchem er um Unterstützung für die Opfer der Katastrophe bittet. Der Ueberschwemmungsschaden in Ohio, Indiana, Missouri, Illinois ist ungeheuer. Die Stadt Dayton, wo das Wasser 17 Fuß hoch steht, ist am schwersten betroffen. Die Einwohner kampieren in den obersten Stockwerken. Viele Personen wurden von einstürzenden Häusern begraben. Hunderte von Leichen treiben durch die Straßen.

**Der Zyklon in Amerika.**

**Neu York, 26. März.** Die Unglücksnachrichten aus dem Gebiet der Tornados, die in den letzten Tagen zahlreiche Städte der Union heimsuchten, mehren sich. Zu den Verwüstungen des Hochwassers kommen noch die Verheerungen neuer Wirbelstürme. In Dayton in Ohio steht das Wasser zum Teil 7 Fuß hoch. Der Bevölkerung ist die Flucht unmöglich, da alles benachbarte Land flach ist. Die Einwohner haben sich deshalb auf die Dächer ihrer Häuser flüchten müssen, wo sie sich in stürmendem Regen so gut es ging, einrichteten. Nördlich von Dayton ist der Damm eines großen Wasserreservoirs gebrochen und die angeschauten Wassermassen ergossen sich in den Miami-Fluß, der infolgedessen aus seinen Ufern trat und die Straßen der Stadt überschwemmte. Die Fluten zerstörten die Straßen mit solcher Gewalt, daß ein Passieren in weitem Vogen unmöglich war. Flüchtende Einwohner wurden in den Straßen von Plünderern niedergeschossen. Der Versuch, auf der Eisenbahn die Stadt zu erreichen, ist als aussichtslos eingestellt worden. Bis jetzt sollen in Dayton und seiner Umgebung 1500 Menschen ertrunken sein. In Omaha, das am schwersten unter dem Tornado gelitten hat, erschwert die Kälte das Rettungswerk. Die Zahl der Toten in Omaha wird jetzt offiziell auf 242 angegeben. Die Fluten entführten zahlreiche Häuser und überschwemmten Fabriken und Bahngleise. Die Regengüsse dauern seit 48 Stunden ununterbrochen an.

**Wasserstand des Rheins.**

27. März.  
Schusterinsel 1.94 m, gef. 11 cm, Rehl 3.10 m, gef. 16 cm, Maxau 4.86 m, gef. 11 cm. Mannheim 4.49 m, gef. 1 cm.

**Der Fall von Adrianopel.**

Der Balkankrieg geht zu Ende, die Türkei ist auf der ganzen Linie geschlagen. Nun ist auch die Festung Adrianopel, die 5 Monate lang tapfer standgehalten hat, den Bulgaren in die Hände gefallen. Der Sturm auf Adrianopel, bei dem Tausende von Menschen hingeschlachtet wurden, war nicht nötig, denn seit Wochen stand es fest, daß die Bulgaren Adrianopel erhalten werden. Aber der militärische Ehrgeiz fragt nichts nach Menschenopfern, nichts nach Not, Elend und Trauer, er schaudert auch vor der größten Frevoltheit nicht zurück. Der Sturm auf Adrianopel ist eine neue Niederlage für die europäische Diplomatie, welche dieses Blutbad hätte verhindern sollen. Es stand fest, daß die Türkei bereit war, die Festung an Bulgarien abzutreten, ebenso wie es feststeht, daß Skutari dem neuen Albanien einberleibt wird. Zu was also noch diese zahllosen Menschenopfer? Sind es deren noch nicht genug gewesen in diesem blutigen Ringen der Balkanvölker?

Adrianopel fällt den Bulgaren als Trümmerhaufen zu, denn die besiegten Türken haben die Stadt in Brand gesteckt, als sie sie nicht mehr halten konnten. Welch entsetzliche Greuel mögen sich dabei abgespielt haben. Und das alles nur des „militärischen Ruhmes“ wegen.

Schon wird berichtet, daß die Bulgaren beabsichtigen, das Belagerungsheer von Adrianopel in den nächsten Tagen nach der Thakalabalinie zu senden. Hoffentlich rafft sich endlich die europäische Diplomatie auf, um dem sinnlosen Blutvergießen ein Ende zu machen, denn dem alsbaldigen Friedensschluß steht jetzt nichts mehr im Wege.

Ueber den Sturm auf Adrianopel liegen folgende Meldungen vor:

**Sofia, 26. März.** Bei Tagesanbruch bemächtigten sich die Bulgaren nach einem Angriff der ganzen Front der Festung Adrianopel mit den sieben Forts Nivas Vaba, Midisloglu, Keftenlik, Kuruticheschm, Ibibz-Tabia, Topiolu und Kabas-Tabia sowie sämtlicher Batterien dieser Forts. Die Bulgaren haben jetzt auf diesen Forts eine feste Stellung inne.

Die 8. Division aus Tundschaka besetzte den südlichen Sektor vor Adrianopel und die vorgefahrenen Stellungen des Feindes, nachdem sie 20 Kanonen und Maschinengewehre erbeutet und 800 Türken gefangen genommen hatte.

Als erste sind um 9 Uhr früh Kavallerie und zwei Infanterie-Regimenter in die Stadt eingedrungen; sie begegneten einem Flammenmeer, da Schukri Pascha Adrianopel hatte in Brand stecken lassen. Die Bevölkerung floh aus dem Flammen dem feindlichen Feuer entgegen.

**Sofia, 26. März.** Die Türken in Adrianopel haben alle Depots in Baschiuk, Kemar, Sabilik, Kasik und Karahödi, das Arsenal, Artilleriedepot, die kleinen Kasernen zwischen Janik und Kijshla und die Spitäler sowie die Kasernen im Norden der Stadt in Brand gesteckt. Die Flammen verheereten an zahlreichen Punkten die Stadt. Die Bevölkerung flüchtet in wahnsinniger Aufregung längs der Befestigungslinien.

**Sofia, 26. März.** Bei dem Sturm auf Adrianopel waren bis morgens etwa 1300 Türken von den Bulgaren gefangen genommen worden. Die Bulgaren erbeuteten 21 Kanonen und 6 Maschinengewehre mit voller Ausrüstung und richteten sie gegen den Feind. Nachts fanden auch um die Forts Lokatbei im Südsektor und Papastrepe im Westsektor erbitterte Kämpfe statt. Der im Nordwestsektor besetzte Punkt Elmektschila wurde von den Bulgaren besetzt.

**Sofia, 26. März.** Aus Adrianopel werden grauenerregende Einzelheiten über den letzten Verzweiflungskampf der Türken berichtet. Die Explosion der Depots erfolgte mit ungeheurer Gewalt. Riesige Feuerwolken schossen gegen den Nachthimmel. Der sich entwickelnde Pulverdampf hüllte die Stadt in dicke Wolken. Durch unmerkliche Manöver wurden zahlreiche Personen getötet oder gräßlich verstümmelt. Alle Kasernen und öffentlichen Gebäude ließ Schukri Pascha anzünden. Bald glüht die Stadt einem Flammenmeer. Die Hungersnot war in den letzten Tagen bereits auf das äußerste gestiegen. Brot war auch für die höchsten Ränge nicht mehr erhältlich. Die Bevölkerung mußte zu den äußersten Mittel greifen, um ihren Hunger zu stillen.

Zahlreiche Männer und Frauen starben an Entkräftung. Schukri Pascha feuerte unermüdet die Bevölkerung zum Ausbarren an. Mit großer Kaltblütigkeit trat er der Panik, die sich bei der Erstürmung des Ostforts entwickelte, entgegen und konzentrierte seine Truppen nach dem westlichen Teile der Festung. Nach hier eingetroffenen Privatnachrichten sollen besonders bei Beginn des Sturms auf die östlichen Forts die anstürmenden bulgarischen Infanterie-Regimenter durch das Feuer der Türken geradezu niedergemäht worden sein. Ganze Kompanien wurden vernichtet, bevor sie an den Feind herankommen konnten, der sie mit Gewehr- und Maschinengewehrfeuer überschüttete. Als die Bulgaren die Ostforts genommen hatten und die erbeuteten Kanonen auf die fliehenden Türken und die übrigen türkischen Stellungen richteten, erlitten die türkischen Truppen ebenfalls schreckliche Verluste, die durch die Explosion der Munitionslager noch erhöht wurden. („Karlsruher Tagblatt.“)

**Der Kampf um Skutari.**

**Cetinje, 26. März.** Nachdem die Vertreter der Großmächte bei der montenegrinischen Regierung einen Kollektivschritt unternommen hatten, damit der am Kampf nicht beteiligten Bevölkerung Skutaris gestattet werde, die Stadt zu verlassen, fand der Oberkommandant, Erbprinz Danilo, durch einen Parlamentarier einen Brief an Esjed Pascha, worin er ihm bekannt gab, daß der König der nicht am Kampf beteiligten Bevölkerung freien Abzug binnen 50 Stunden gestatte. Esjed Pascha erwiderte brieflich, er danke für den Edelmuth und erklärte, er könne das Anerbieten nicht an-

nehmen, da er von seiner Regierung hierzu nicht ermächtigt sei.

**Wien, 26. März.** Die montenegrinische Regierung hat den österreichisch-ungarischen Gesandten in Cetinje von der Weigerung Esjed Paschas, der Zivilbevölkerung von Skutari Abzug zu gewähren, in Kenntnis gesetzt mit dem Bemerkten, daß die von Montenegro zu beobachtende Haltung dem Gesandten demnächst mitgeteilt werde.

**Letzte Nachrichten.**

**Selbstmord eines Landtagsabgeordneten.**

**München, 27. März.** Der Landtagsabgeordnete Gagen Bürgermeister in Pappenheim, hat sich gestern im Starnberger See ertränkt.

**Eine bemerkenswerte Rede des englischen Lords der Admiralität.**

**London, 26. März.** (Unterhaus.) Bei der Einbringung des Flottenetats hielt der erste Lord der Admiralität, Churchill, eine Rede, worin er zunächst auf die Ursachen der Steigerung der Flottenausgaben hinwies, welche aus fünf Hauptgründen herrühre: 1. aus dem politischen Entschluß, die Zahl der kriegsfertigen, in Dienst gehaltenen Schiffe in Folge des neuen deutschen Flottengesetzes zu erhöhen und aus dem Entschluß, die Zahl und namentlich die Besoldung des Personals zu erhöhen; 2. aus der Steigerung der Größe, Schnelligkeit, Armierung und Ausrüstung und der Herstellungskosten von Kriegsschiffen aller Art; 3. aus der Einführung und Ausgestaltung dienstlicher Neuerungen, hauptsächlich aus der Verwendung von Stahl als Heizmaterial und der Heranziehung der Luftschiffahrt und der drahtlosen Telegraphie; 4. aus dem allgemeinen Anwachsen der Preise und der Löhne, besonders der Löhne für Kohlen, Öl, Stahl und aller Materialien, die beim Schiffbau gebraucht werden; 5. aus dem Zurückbleiben des Schiffbaues während der letzten zwei Jahre, der sich ergab aus dem Unvermögen der Lieferanten, ihre Termine einzuhalten. Churchill kündigte sodann an, daß er, wenn die Ausführung des Programms besser fortgeschreite, im Verlaufe des Jahres werde weitere Ergänzungskredite fordern müssen. Das deutsche Flottengesetz und die Erfordernisse des Mittelmeeres haben die Zahl und die Größenverhältnisse der Schiffe, die in stetiger Bereitschaft gehalten werden müssen, noch weiter gesteigert. Churchill verwies weiter darauf, daß der Umstand, daß Deutschland, Amerika und Italien bei ihrer Hauptarmierung größere Geschütze eingeführt haben, ein weiteres Fortschreiten in England notwendig mache und betone die Notwendigkeit, die Zahl der Torpedobohrer und der Erleichterpedos für jedes Rohr zu vermehren und größere Docks zu bauen und fuhr dann fort: Es ist keine Aussicht vorhanden, die gewaltigen, dauernd wachsenden Kosten in den Flottenetats der künftigen Jahre zu vermeiden, wenn nicht die Periode der Rivalität und des technischen Fortschritts zu einem Ende kommt. Von allen Nationen in der Welt sind wir vielleicht am besten imstande, eine derartige Ausdehnung zu tragen, falls sie fortgesetzt werden sollte. Aber es gibt glücklicherweise einen Weg, der offen steht und der offen bleiben wird, durch welchen die Völker der Welt eine fast augenblickliche Milderung der Slawerei erreichen können, in die sie sich selbst begeben haben. Die Frage, die sich die Großmächte, und nicht nur die Großmächte, sondern auch die großen Nationen vorlegen sollten, ist diese: Wenn für den Zeitraum eines Jahres kein neues Kriegsschiff für irgend eine Flotte gebaut worden ist, würden unsere Flotteninteressen oder die nationale Sicherheit in irgend einer erkennbaren Weise gefährdet werden? Wir haben keine gute Schiffe, sie sind die besten in der Welt bis bessere gebaut werden. Können sie nicht ein Jahr die Herrschaft behalten, bevor sie zurückgesetzt werden? Warum sollten wir alle nicht für ein Jahr im Schiffbau einen Feiertag eintreten lassen, soweit eine Neufunktion oder unter allen Umständen soweit eine Neufunktion eines Linien Schiffes in Betracht kommt? Das ist die Frage, die ich im vorigen Jahre gestellt habe und das ist der Vorschlag, den ich in diesem Jahre wiederhole. Churchill fuhr fort: Es ist kein Appell der Schwäche des feindlichen Zurückbleibenden, sondern ein Appell der Stärke des in der Front Schreitenden, den wir an alle Nationen richten und an keine Nation mit mehr Aufrichtigkeit als an unsere großen Nachbarn jenseits der Nordsee. Namens der Regierung begrüßte Churchill bei diesem Anlaß den ruhigen und freundlichen Ton bei der letzten deutschen Marinedebatte und konstatierte mit Verriedigung, daß die beiderseitigen Beziehungen sich sichtlich und fühlbar gebessert haben. Großbritanien und Deutschland haben die Ueberzeugung gewonnen, daß es beider Wunsch ist, den Frieden zu wahren. Das Gefühl des guten Willens, das Wachsen des gegenseitigen Vertrauens und die gegenseitige Achtung tragen viel dazu bei, dem Weltfrieden auf dem Gebiete der Marine die Unruhe und die Gefahren fortzumachen und zu erlauben, den ehernen Tafelberg der Lage mit Ruhe und einem gewissen Gleichniss entgegenzutreten.

**Briefkasten der Redaktion.**

Zell a. S. Nach Unterjudung der betr. Angelegenheit kommen wir auf die Sache zurück.

**Briefkasten des Arbeiter-Sekretariats.**

**Volkstreuender hier.** Berufsunsfähigkeit im Sinne des Angekündigtenversicherungsgesetzes liegt dann vor, wenn die Arbeitsfähigkeit auf weniger als die Hälfte derjenigen eines körperlich und geistig gesunden Versicherten von ähnlicher Ausbildung und gleichwertigen Kenntnissen und Fähigkeiten herabgesunken ist. Für die Gewährung des Ruhelohnes ist Voraussetzung die Erfüllung einer Wartezeit von 120 Beitragsmonaten für männliches, 60 Beitragsmonaten für weibliche Versicherte.

**Verantwortlich:** Für den politischen Teil, Partei und Letzte Nachrichten: Wilhelm Koll; für Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Aus dem Lande und Neues vom Tage: Hermann Kadel; für Kommunalpolitik, Aus der Stadt und Heuilleton: Hermann Winter; für die Inserate: Karl Biegler, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

**Vereinsanzeiger.**

**Durlach.** (Sozialdem. Bürgerauschlußfraktion.) Freitag, den 28. März, abends 7 1/2 Uhr, im „Löwenbräu“, Hauptfraktionsfraktion. Tagesordnung: Vorschlag, Volkstreuendes Erscheinen unbedingt notwendig. 688

**Wir ersuchen diejenigen Filial-Inhaber, die noch mit der Meldung der vorläufigen Zahl der „Volkstreuender“-Abonnenten im Rückstand sind, dies unverzüglich nachzuholen, andernfalls am 1. April eine pünktliche Zustellung der Zeitung nicht erfolgen kann. Verlag des „Volkstreuender“.**



**Pfannkuch & Co.**  
Specialhaus für Lebensmittel  
70 eigene Geschäfte in Baden und Württemberg

Filialen in Karlsruhe.

**Zum Frühjahrs hausputz:**

- |  |  |
|--|--|
| <p><b>la. Kernseife</b><br/>garantiert vollwertig mit Preisung<br/>"Pfannkuch-Seife"<br/>weiße 30 Pfg.<br/>ohne Preisung mit 10% Einschnitt:<br/>weiße 28 Pfg.<br/>gelbe 27 Pfg.</p> <p><b>Schmierseife</b><br/>gelbe Glycerin,<br/>Pfd. 20 Pfg.<br/>weiße Salmiak,<br/>Pfd. 22 Pfg.</p> <p><b>la. Reis-Stärke</b><br/>offen, Pfd. 32 Pfg.</p> <p><b>Crème-Stärke</b><br/>Hoffmann<br/>1/2 Pfd. Karton 20 Pfg.</p> <p><b>Waschkornstall</b><br/>Patet 4 Pfg.</p> <p><b>Bleich-Soda</b><br/>1/2 Pfd. Patet 8 Pfg.</p> <p><b>Seifenpulver</b><br/>1/2 Pfd. Patet von 4 Pfg. an.</p> <p><b>Fettlauge-mehl</b><br/>Pfd. 10 Pfg.</p> <p><b>Borax</b><br/>ganz oder gemahlen,<br/>125 Gramm Patet 10 Pfg.<br/>offen Pfd. 30 Pfg.</p> | <p><b>la. Fußbodenlack</b><br/>schnell trocknend, in verschiedenen Farben (laut Musterarten, die in den Filialen zu haben sind)<br/>2 Pfd. Dose 95 Pfg.</p> <p><b>la. Bodenwische</b><br/>gelb oder weiß<br/>1/2 Pfd. Dose 40 Pfg.<br/>1/2 Pfd. Dose 70 Pfg.<br/>2 Pfd. Dose 1 35 Mk.</p> <p><b>Fußbodenöl</b><br/>geruchlos, harzt nicht, staubt nicht<br/>Orig. 1/2 Literkanne 60 Pfg.<br/>(Kanne mit 10 Pfg. zuzüßl.)</p> <p><b>Stahlpähne</b><br/>fein, mittel oder grob<br/>1/2 Pfd. Patet 32 Pfg.<br/>1/2 Pfd. Patet 16 Pfg.</p> <p><b>Büchtücher</b><br/>gute<br/>von 16 Pfg. an.</p> <p><b>Abseifbürsten</b><br/>Stück 20 Pfg.</p> <p><b>Schmirgelleinen</b><br/>grob, fein oder mittel<br/>Blatt 4 Pfg.</p> <p><b>Silberfand</b><br/>Pfd. 3 Pfg.</p> <p><b>Panamarinde</b><br/>Patet 8 Pfg.</p> |
|--|--|

**Neu eingeführt:**  
Seifenfand ersetzt Soda, Seife und Sand Patet 10 Pfg.  
Wunder-Glanz-Stärke  
fertig und fertig zum Gebrauch, kein Zusatz mehr nötig  
Patet 24 Pfg.

**Pfannkuch & Co.**  
G. M. B. H.  
in den bekanntesten Verkaufsstellen

... Konsumiertes Mischkaffee  
ist sich vorzüglich  
bewährt."

Über 84,000 ähnlich lautende schriftliche Anerkennungen

**SINNER BEER**

April, der Lachmonat!  
**Colosseum.**

**JOB** 6268  
hat nur eine Parole:  
**Lachen! Lachen!**  
**Colosseum.**

April, der Lachmonat!

**Colosseum-Restaurant**  
jeden Donnerstag  
**Schlachttag**

**Achtung!**  
Zu bevorstehendem Schulanfang empfehle noch eine größere Anzahl  
**Bücher-Ranzen**  
mit nur kleinen Fehlern, welche ich mit 40% Rabatt abgebe.  
Gute Lederranzen ohne Fehler zu billigsten Preisen. Empfehle auch noch eine Anzahl Kommunion-Gesangbücher zu Ausnahmepreisen.  
6264  
**Wilh. Fallmer, Luisenstraße 89.**

**Schulranzen**  
**Schulmappen**  
**Schultaschen**  
**Leder-Ranzen**  
von Mk. 4.50 an.  
**Kofferhaus**  
Geschw. Lämmle  
51 Kronenstr. 51.  
Tel. 1451. — Rabatmarken.

**Die drohende Erhaltung**  
bleibt aus oder verläuft harmlos, wenn bei Beginn der Verschleimung im Halse rechtzeitig ein paar WYBERT-Tabletten genommen werden. Sie bringen die Heiserkeit zum Schwinden und erhalten die Stimme klar und frisch. Sie sind ein so unentbehrliches Hausmittel, daß diejenigen, die ihre überraschende Wirkung kennen, sie im Hause nie ausgehen lassen. Die Schachtel kostet in allen Apotheken u. Drogerien 1 Mk.

**Schnurrbart!**  
"Margonal" unterstützt den Haar- u. Bartwuchs mit wunderbarem Erfolg. Ist ein unverzichtbares Haar- und Bartwuchsmittel.  
Krug Stärke 1 Mac 2.-, 1/2 l. 3.-, extra stark 1/2 l. 4.-, Porto 20 Pfg., Nachnahmeporto extra. 5540  
K. Antenbach,  
Straßburg i. El., Deggasse.  
Galbranz Bett 25 Mk., Schrank 12 Mk., Söhn. Sofa 25 Mk., Waschtisch und Spiegel 12 Mk., Küchenschrank u. Tisch auf 12 Mk., schöne Kommode 20 Mk. 6266  
Ludwig Wilhelmstr. 18, Hof.

**Pfannkuch & Co.**

**Leigwaren**  
und  
**Dürrobst:**  
**Bruch-Maccaroni**  
Pfd. 28 Pfg.  
**Maccaroni** offen  
dicke 30 Pfg.  
dünn 36 Pfg.  
Feinste  
**Maccaroni**  
— nur in Paketen —  
Italiener I. 38 Pfg.  
1/2 Pfd. Patet 42 Pfg.  
Afrigue  
1/2 Pfd. Patet 50 Pfg.  
Tegaron  
1/2 Pfd. Patet 60 Pfg.  
Cierstifte  
1/2 Pfd. Patet  
**Gemüse-Nudeln**  
breite Hausmacher  
Pfd. von 32 Pfg. an  
Feinste  
**Hausmacher**  
— nur in Paketen —  
1/2 Pfd. Patet 36 Pfg.  
**Cier-Hausmacher**  
— nur in Paketen —  
1/2 Pfd. Patet 42, 50  
und 60 Pfg.  
1/2 Pfd. Patet 21, 25  
und 30 Pfg.  
**Zwetschgen**  
Pfd. von 26 Pfg. an  
Feinste  
**Plodjanzzwetschgen**  
— in Paketen —  
1/2 Pfd. Patet 40 u. 60  
**Zwetschgen**  
ohne Stein Pfd. 60 Pfg.  
**Kranzseigen**  
Pfund 28 Pfg.  
**Birnschnitze**  
Pfd. 25 Pfg.  
Feinste ganze  
**Birnbützel**  
Pfd. 30 Pfg.  
**Dampfpfäfel**  
Pfund 45 Pfg.  
**Californische Pfirsiche und Birnen** 5786  
Pfd. 60 Pfg.  
**Aprikosen**  
Pfd. 70 u. 1.-  
**Datteln**  
Pfd. 38 Pfg.  
**Mischobst**  
— sehr beliebt —  
Pfd. 40 u. 50 Pfg.  
bestes ohne Stein 60 Pfg.

**Pfannkuch & Co.**  
G. M. B. H.  
in den bekanntesten Verkaufsstellen



**Treffbube kommt!**

6271

**Solider tüchtiger Asphaltteur**

findet dauernden gut bezahlten Platz. Bei zufriedensstellenden Leistungen Lebensstellung. Nur durchaus erfahrene selbständige Arbeiter wollen sich melden. Reinwald & Schwehn Pforzheim. 6273

**Tüchtiger Uniformrockarbeiter,**

sowie ein

**Besatzschneider**

finden dauernde Beschäftigung bei Schröder & Fränkel Kaiserstraße 211. 6275

**Verlässlicher Mann**

zur Übernahme einer Verkaufsstelle in jed. Bezirk für dauernd gesucht. Veru u. Wohnort gleich, ohne Kapitalbedarf, kein Risiko, auch als Nebenberuf geeignet. Einkommen monatl. 6. 850 Mk. Nur feste Leute werden angestellt. Auskunft, Kosten, unt. R 2158 beförd. Paube & Co., Köln a. Rh.

**Gepäck, Möbel und Umzüge beforgen billigt**

6278

**Rote Radler**

Serrenstr. 15. Telefon 366.

**Kommunikanten erhalten**

12 Visitenkarten von 1.80 Mk. an Cabinet 4.80 Postkarten, von 2.50 " " " " Photogr. Meess Werderstr. 31. 6267

**Zum Schulbeginn empfehle:**

**Schulranzen Schulstiefel Schulanzüge**

in größter Auswahl zu billigen Preisen.

**Weintraubs**

Als u. Verkaufsgeschäft, 52 Kronenstraße 52. 6269

**Extra-Angebot.**

Anzüge von 6.- Mk. an, Heberzieher 3.- sowie Damenkleider, Schuhe, Stiefel, Wehzeug, kaufen Sie immer billigt bei Arnold Schav, Jähringerstraße Nr. 35. 3298

**Berwechfelt**

wurde am Sonntag in Leutschneureut im „Waldhorn“ beim Gesangsverein „Lassalla“ ein langes schwarzes Damen-Jackett. Umzutauschen bei N. Willian, Uhrmacher, Schützenstraße 55. 6265

**Treffbube kommt!**

6271

**Mieter- u. Bauverein Karlsruhe e. G. m. b. H.**

Am Samstag den 5. April, abends 8 Uhr, findet im „Hotel Nowak“ unsere **ordentl. Generalversammlung**

- mit folgender Tagesordnung statt:
1. Bericht des Vorstandes mit Vorlage der Bilanz, Gewinn- und Verlustkonto (diese kann in unseren Geschäftsräumen eingesehen und in Empfang genommen werden).
  2. Bericht über die gemäß § 53 des Gen.-Gesetzes vorgenommene Geschäftsprüfung.
  3. Bericht des Aufsichtsrats mit Antrag auf Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrats.
  4. Vorschlag zur Verteilung des Reingewinnes.
  5. Wahl von 6 Aufsichtsratsmitgliedern.
  6. Ausschluss säumiger Mitglieder.
  7. Behandlung etwaiger Anträge (solche müssen bis Montag den 1. April beim Vorstand eingereicht sein).
- 6263 Karlsruhe, den 22. März 1913.

**Der Vorstand.**

NB. Der Eintritt ist nur Mitgliedern gegen Ausweis gestattet.

**Hausdiener,**

zuverlässige, können sich vormerken lassen im **Büro des Transportarbeiter-Verbandes, Wilhelmstraße 47, 3. Stod.** 6269

**Karlsruher Familien-Kranken-Kasse**

Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit Unter staatlicher Aufsicht - Segründet i. J. 1890

Filialen:

Weißstadt: Grenzstraße 34 - Südstadt: Morgenstr. 6  
Mittelstadt: Zähringerstr. 82 - Oststadt: Serwigstr. 60

Freie Arztwahl!

**Städt. Seefischmarkt**

**Hauptmarkt:** In der Fischmarkthalle hinter dem städtischen Vierorthbad am **Donnerstag nachmittag** von 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub>-7 Uhr und **Freitag vormittag** von 8-11 Uhr

**Filialmärkte:** Durch den Verkäufer Zipp, **Weißstadt:** In dem Hof des Eichamtes, Soffenstraße 98/99, am **Donnerstag vormittag** von 9-11 Uhr und **nachmittags** von 3-6 Uhr. **Oststadt:** In der Georg-Friedrichstraße am **Freitag vormittag** von 8-11 Uhr.

**Stadtteil Mühlburg:** Ecke Rhein- und Vogesenstraße am **Donnerstag nachmittag** von 1/2-5 Uhr.

Karlsruhe, den 26. März 1913. 6274

**Städt. Schlacht- und Viehhofdirektion.**

**Quieta!**

Nährsalzreicher Kaffee-Ersatz - Paket 70 Pfg. - **Krafttrunk** (Nährsalz- und Mineralwasser) Dosen Mk. 1.- und Mk. 2.-

Das tägliche Getränk vieler Tausende! Es gibt nichts Besseres! Verlangen Sie nur: Marke Quieta in Drogen- und Kolonialwarengeschäften. Wo nicht erhältlich, schreiben Sie an: **Quieta-Werke, Bad Dürkheim.**

**Luxem - Kaiser-Kino.**

**Voranzeige!**

Ab 12. April:

**Königin Luise**

Zusammen 1. und 2. Teil. 6270

**Fritz Hammesfahr, Foché b. Solingen.**

Verband gegen Nachahmung oder vork. Kasse. **Beste Rasiermesser** Ges. gesch. 3 Jähr. Garantie.

Kronen-Diamantstahl M. 3.25  
Kronen-Silberstahl M. 2.25  
Rasiermesser, Wellstahl M. 1.50

Illustriert in 5000 verschiedenen Artikeln! sende gratis und franko **Häarschneidemaschine „Perle“ M. 4.25**

**Deutscher Bauarbeiter-Verband**

Zweigverein Karlsruhe. Geschäftsstelle: Wilhelmstr. 47. Für unsere Mitglieder, Maurer, Zementeur und Gipsarbeiter finden

**Versammlungen**

statt und zwar:

**In Karlsruhe:** Am 29. März, nachmittags 4 Uhr im „Kolosseum“, Waldstraße.

**In Durlach:** Am 31. März, nachmittags 4 Uhr im „Lamm“, Lammstraße.

Tages-Ordnung:

**Bericht über den gegenwärtigen Stand der Tarifverhandlungen und Stellungnahme zu den Forderungen.**

Verbandsbücher sind am Saaleingang vorzuzeigen. **Die Zweigvereinsleitung.** J. A.: August Philipp.

**Krankenkassenverband Karlsruhe**

**Arbeitsvergebung.**

Zu unserem neuen Verwaltungsgebäude in der Gartenstraße 14/16 werden hiermit unter den hiesigen Unternehmern ausgeschrieben:

**Glasarbeiten**  
**Fußbodenbeläge**  
**Installationenarbeiten.**

Eingabetermin: **Dienstag den 1. April 1913, mittags 12 Uhr.**

Die Unterlagen sind im Baubüro der Architekten Curjel & Moser, Gartenstraße 14/16, erhältlich, woselbst die Bedingungen eingesehen werden können und die Offerten abzugeben sind. Auswahl unter den Submittenten bleibt vorbehalten.

Karlsruhe, den 27. März 1913. 6285

**Kommunikanten-Stiefel**

Herren-, Damen- u. Kindersiefel in schwarz und braun, **Sandalen** und **Turnschuhe** in grosser Auswahl zu billigen Preisen bei **Madlener, Auktions- und Schuhgeschäft, Telephon 823. Ruppurrerstr. 20.** NB. Auf Kommunikanten-Stiefel 5% in bar.

**Arbeitsvergebung.**

Zum Neubau des Schulhauses in **Rintheim** ist die „**Lieferung der Schulbänke**, sowie der **Einrichtungsg-Gegegenstände**“ (Möbel) zu vergeben.

Angebotsformulare und Zeichnungen können beim städt. Hochbauamt, Karl-Friedrichstr. Nr. 8, II. Stod, Zimmer 170, abgeholt bzw. eingesehen werden. Dasselbst sind auch die Angebote bis **Donnerstag, 10. April 1913, nachmittags 4 Uhr** mit entsprechender Aufschrift versehen, einzureichen. Karlsruhe, 26. März 1913. **Städt. Hochbauamt.**

**Bettfedern u. Daunen** sind eine Spezialität im Kaufhaus **Zapp, Zell a. H.** Unerreicht preiswert! Wer probiert - lobt!

**Kind** wird von kinderlosem Ehepaar tagsüber oder größerer für ganz in liebevolle Pflege genommen. **Winterstraße 30, 5. St. rechts.**

**Sportwagen** sehr gut erhalten, ist billig zu verkaufen. **Kurvenstraße 13, 5. Stod rechts.**

**Verkauf 2 gutfl. Minorfa-Gluten, 1912er, à 8.50 Mk. Scherrstr. 10a, 3. Stod.**

**Knorr**

**Weibertreu-Suppe, sehr beliebte, pikante Suppe. Ein Würfel für 3 Teller 10 Pfg.**

Neueste Markenmarken: Uniformen von 1813 gegen Einfindung von 6 Knorr-Suppenwürfel-Umschlägen. 5145

**Treffbube kommt!**

6271

**Reisekoffer, Reisekörbe, Schiffs-koffer, Handtaschen, Handkoffer, Kofferhaus** Gesch. Lämle 51 Kronenstraße 51.

**Wegen Umzug**

find zu äußerst billigen Preisen zu verkaufen: 6894 **Möbel, Betten, Bilder, Spiegel, Uhren, Wehzeug, Herren- und Damenkleider, Schuhe** und sonst noch verschiedene Hausrat.

**R. Maier, Markgrafenstraße 20.**

NB. Vom 1. April ab befindet sich mein Geschäft **Markgrafenstr. 16.**

**Piano zu verkaufen**

Piano, wenig gespielt, wie neu, preiswert zu verkaufen. Wo ist zu erfahren in der Expedition des „Volksfreund“ unt. Nr. 6247.

**Zu verkaufen:** Gut erhalt. Bettstelle, fast neuer Koff, Polster, 26 Mk., großer Kleiderschrank 18 Mk., Wohnkommode, wie neu, 14 Mk., Küchenschrank 10 Mk., gut erhalt. Sofa 18 Mk., Nähtisch 6 Mk., Vertikalpol., 36 Mk. Uhlandstr. 12a.

**Maschinenschriftliche**

**Verdichtungen** aller Art schnell und zuverlässig 4287 **Neckenstraße 3, 2. St. Fernsprecher Nr. 3423.**

**Verkaufe** billig gebrauchte, noch sehr gut erhaltene **herren-Schube.** D. Turner, Scheffelstr. 64.

**Bettfedern.**

Im Auftrag habe ich für zwei Betten prima Bettfedern (Lanbruff), sowie eine Gaslampe (Grünlicht) zu verkaufen. **Gartenstr. 61, 4. St. rechts.**

**Zu kaufen gesucht:** Getragene Kleider, Schuhe, Wäsche, Wandschreine, Gold, Silber, alte Gebisse. **Frau Pflüger** Steinstraße 16, Etb. 1. St.

**Arbeitsvergebung.**

Zum Neubau des „**Kinderheim**“, Ecke Wiesen- und Spelstrasse, sind die **Anstreicherarbeiten** zu vergeben. 6267

Angebotsformulare können beim städt. Hochbauamt, Karl-Friedrichstraße Nr. 8, II. Stod, Zimmer 170, abgeholt werden. Dasselbst sind auch die Angebote mit entsprechender Aufschrift versehen bis **Dienstag, den 8. April 1913, nachmittags 4 Uhr** einzureichen. Karlsruhe, 26. März 1913. **Städt. Hochbauamt.**

**Treffbube kommt!**

6271